

WESTPAPUA JOURNAL



Fremdbestimmung und Selbstbestimmung: Gestern, Heute und Morgen

SCHWERPUNKTE

Ohne Landrechte kein Umweltschutz

Wie Naturschutzgebiete zur Gefahr für indigene Völker werden können

**Ein Kommentar von
Bernardus Steni**

Trijntje Huistra (1938 - 2018)

Ein Leben im Dienst der Papuas
von Carl Mureau

Enteignet, entmündigt, bedroht

Das Recht auf Selbstbestimmung im Kontext Westpapas
**von der International Coalition
for Papua (ICP)**



Die Ausgabe 02/2018 hat die Rundbriefnummer 79.

Wir bedanken uns bei Dr. Siegfried Zöllner und Ruprecht Beuter für die Übersetzungen und Korrekturen.

Westpapua-Netzwerk
Rudolfstraße 137
42285 Wuppertal
Telefon: 0202 89004-170, Fax: 0202 89004-179
E-Mail: wpn@westpapuanetz.de
Internet: www.westpapuanetz.de

Besuchen Sie uns auch auf Facebook:
www.facebook.com/westpapua.netzwerk
oder auf Twitter:
www.twitter.com/westpapuanetz

Design und layout:
AKALBUDI Network (@akalbudinetwork)
www.akalbudi.net | akalbudi.org@gmail.com
Tel +62 (0) 877 7000 8384

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

Ältere Journal finden Sie als PDF-Datei unter www.westpapuanetz.de
Einzelne Ausgaben können Sie als Druckversion in der Koordinationsstelle nachbestellen.

Um diesen Journal zu abonnieren oder Fördermitglied des Westpapua Netzwerks zu werden, besuchen Sie bitte: <https://bit.ly/2xTaoQc>



Um unsere E- Infos per Email zu empfangen, besuchen Sie bitte: <http://westpapuanetz.de/mitmachen/newsletter-abonnieren>



Titelbild: Hausbau im Dorf. (Foto: Mensen met een missie)

Foto Rückseite: Trijntje Huistra widmete ihr Leben den Menschen Westpapas. Sie starb im Alter von 80 Jahren in Leeuwarden. Den Nachruf von Carl Mureau finden Sie auf Seite 49. (Foto: Familie von Trijntje)

INHALT

MITTEILUNGEN DER KOORDINATIONSSTELLE — 4

NACHRICHTEN

[Aktuelles zu Westpapua](#) — 5

SELBSTBESTIMMUNG, LANDRECHTE UND UMWELT

Enteignet, entmündigt, bedroht; Das Recht auf Selbstbestimmung im Kontext Westpapas / [von der International Coalition for Papua \(ICP\)](#) — 23

Ohne Landrechte kein Umweltschutz; Wie Naturschutzgebiete zur Gefahr für indigene Völker werden können / [Ein Kommentar von Bernardus Steni und Daniel Nepstad](#) — 32

Ein Leben für die Freiheit; Teil II des Interviews mit Rex Rumakiek / [von Jim Elmslie](#) — 38

IN MEMORIAM

Trijntje Huistra (1938-2018); Ein Leben im Dienst der Papuas / [von Carl Mureau](#) — 49

BUCHTIPPS

Puwul's World; Endangered Native People / [von Peter Bang](#) — 53

Papua Blood; An account of West Papua / [von Peter Bang](#) — 53

See No Evil; New Zealand's betrayal of the people of West Papua / [von Maire Leadbeater](#) — 54

Liebe Leserinnen und Leser,

zum neuen Format des Magazins unseres Netzwerks, dem Westpapua-Journal, haben wir nach der Erstausgabe einige Rückmeldungen bekommen. Über den Zuspruch haben wir uns gefreut. Gerne können Sie uns jederzeit Vorschläge und Wünsche zum Journal zusenden.

Wir möchten Sie zudem einladen, uns Ihre Reflektionen zur Situation in Westpapua oder unserem gemeinsamen Engagement dazu in Form von Leserbriefen zu schicken. Diese möchten wir in kommenden Ausgaben in einer eigenen Rubrik abdrucken.

Neue Militäroperationen im Hochland und die Androhung eines Verfahrens wegen Staatsverrats gegen den polnischen Staatsbürger Jakub Fabian Skrzypski (39) in Westpapua lassen uns in Besorgnis. Nach vielen Jahren der Kampagnenarbeit von Anwälten, Menschenrechtsorganisationen und Kirchen in Westpapua hat sich die Gewalt gegen Zivilisten nicht grundlegend verringert. Das Vorgehen von Sicherheitskräften ist weiterhin von Rassismus geprägt. Was könnte Ihres Erachtens indonesische Polizei und Militär veranlassen, ihr Vorgehen gegen indigene Papuas und ausländische Journalisten nachhaltig zu ändern?

Gerne können Sie uns auch dazu einen Leserbrief schreiben.

In Westpapua gab es am 1. Dezember 2018 erwartungsgemäß Demonstrationen und Verhaftungen. Am 1. Dezember 1961 wurde erstmalig die Morgensternflagge, ein Symbol der Identität und politischen Unabhängigkeit, gehisst. Dieses Tages wird in Westpapua von vielen Menschen gedacht. Auffallend ist, dass nach den Zahlen erster Schätzungen fünf Mal so viele Verhaftungen bei Westpapua-Demonstrationen außerhalb Westpapas – also in anderen Teilen Indonesiens – stattfanden, als in Westpapua.

Von unserer lieben Schwester Trijntje Huistra, die unserem Netzwerk als Fördermitglied und Engagierte seit vielen Jahren treu war, mussten wir nun Abschied nehmen. Mit ihrer außergewöhnlichen Persönlichkeit hat sie das Leben vieler Menschen berührt. In dieser Ausgabe finden Sie einen Nachruf auf sie. Zudem greifen wir das Thema Selbstbestimmung und das Engagement vieler Pazifikstaaten bei den Vereinten Nationen weiter auf. Vom Interview mit Rex Rumakiek finden Sie in dieser Ausgabe den zweiten Teil. Um Landrechte und Umweltschutz geht es schließlich in einem Artikel von Bernadinus Steni.

Mit vorweihnachtlichen Grüßen,

Thea Hummel und Norman Voß

Friedliche Versammlung gewaltsam aufgelöst



Die Eingangstür des KNPB Büros (Foto: KNPB)

Die Polizei von Jayapura hat am 19. November 2018 eine friedliche Versammlung im Studentenwohnheim Pegunungan Bintang in der Wohngegend Perumnas III im Stadtteil Waena aufgelöst. Die Versammlung wurde vom Westpapua-Nationalkomitee (KNPB) anlässlich ihres 10-jährigen Jubiläums organisiert. Die Online-Nachrichtenagentur Suara Papua berichtete, dass 150 Mitglieder der Ordnungskräfte (DALMAS) um 10:15 Uhr die Versammlung gewaltsam auflösten. 107 KNPB-Aktivisten wurden verhaftet und vorübergehend in der Polizeistation Jayapura

inhaftiert. Unter den Verhafteten war auch Markus Haluk, Sekretär der United Liberation Movement für West Papua (ULMWP), der KNPB-Vorsitzende Agus Kossay sowie der KNPB-Sekretär Vero Hubi.

KNPB-Sprecher Ones Suhuniap berichtete, dass die Polizeibeamten das Grundstück des Wohnheims betraten, ohne einen Haftbefehl vorzulegen. Alle anwesenden Aktivisten wurden verhaftet. Zwei KNPB-Anhänger wurden während der Festnahme geschlagen. Derzeit ist unklar, wie viele Aktivisten freigelassen wurden und ob die Polizei

Anklage gegen die KNPB-Führer erhebt. Einige Stunden zuvor waren Polizisten in das örtliche Büro des KNPB eingedrungen, hatten Teile der Einrichtung zerstört und Dokumente, Büroartikel sowie Lebensmittel beschlagnahmt. Ein Polizist überschmierte angeblich mit einem Pinsel und Farbe ein Bild der Morgensternflagge auf der Eingangstür des KNPB Büros. Auch diese Aktion wurde ohne Durchsuchungsbefehl durchgeführt.

Polizeichef Gustaf R. Urbinas erklärte in einem Interview mit Suara Papua, dass öffentliche Veranstaltungen in Jayapura zuvor von der Polizei genehmigt werden müssten. Die Versammlung sei rechtswidrig, weil das KNPB sich im Vorfeld nicht um eine solche Genehmigung gekümmert habe. Außerdem sei es bei der Regierungsbehörde für nationale Einheit und Politik (Kesbangpol) nicht als Organisation registriert und daher rechtlich nicht als solche anerkannt.

Polnischer Staatsbürger in Westpapua inhaftiert - mögliche Anklage wegen Landesverrat

Der polnische Staatsbürger Jakub Fabian Skrzypski (39), der von der Polizei als Journalist bezeichnet wird

und am 26. August 2018 in Jayawijaya verhaftet wurde, könnte strafrechtlich verfolgt werden. Der Sprecher der

Regionalpolizei Papua (Polda Papua), Ahmad Mustofa Kamal, erklärte in einem Interview mit der unabhängigen Medienplattform „Tabloid Jubi“, dass Skrzypski gegen die Artikel 55, 106 und 110 des indonesischen Strafgesetzbuchs



Jakub Skrzypski (l.) mit Frits Ramandey, dem Leiter des Papua-Büros der nationalen Menschenrechtskommission.

KUHP, wo es unter anderem um Landesverrat geht, verstoßen habe. Allein die Straftat des Landesverrats wird mit bis zu 20 Jahren Haft bestraft.

Kamal zufolge soll die Polizei bei Skrzypskis Festnahme Munition gefunden haben. Darüber hinaus habe das Handy von Skrzypski belastende Videos und Fotos, die Kontakt zu Mitgliedern der bewaffneten Widerstandsbewegung TPN-OPM zeigten, enthalten. Die Polizei vermutet, dass er einen Waffenhandel mit Mitgliedern der Separatistenbewegung aufbaute. Skrzypski hatte

Anfang August die Landkreise Jayapura, Mimika und Sorong besucht und war dann bis zum 22. August 2018 nach Papua-Neuguinea gegangen, bevor er seine Reisen in den Hochlandkreis Jayawijaya fortsetzte. Jakub Skrzypski bestreitet, dass die Polizei während seiner Festnahme Munition gefunden hatte und behauptet, Papua als Tourist besucht zu haben.

Jakub Skrzypski ist derzeit im Regionalbüro Papua in Jayapura inhaftiert. In einem Brief an seinen Anwalt bezeichnet er die allgemeinen Bedingungen

in der Hafteinrichtung als „schlecht“. Laut Skrzypski sei die Anlage stark überfüllt. Viele Gefangene müssten auf dem Boden schlafen und sich eine begrenzte Anzahl von Bädern und Toiletten teilen. Er äußerte auch Bedenken hinsichtlich der Hygienebedingungen in der Hafteinrichtung. Die Dusche und das WC befinden sich im selben Raum - die Gefangenen müssen das Geschirr und die Kleidung auf dem Badezimmerboden waschen. Der Brief beschreibt auch die persönlichen Herausforderungen, denen Jakub Skrzypski während der Haft ausgesetzt ist. Es gibt keine Nichtraucherzone in der Haftanstalt und viele Gefangene rauchen. Skrzypski konnte seine Brille nicht mitbringen und trägt Kontaktlinsen. Skrzypski erklärte in seinem Brief, er fühle sich entmutigt, gestresst und isoliert, weil er sich nicht mit den anderen Gefangenen unterhalten könne und keine Bücher zu lesen habe. Der sensorische Mangel habe bereits einen starken, negativen Einfluss auf seine psychische Gesundheit und sein Essverhalten.

Polizeioperation im Hochland - Anwohner fliehen

Laut Berichten örtlicher Menschenrechtsverteidiger hat die Polizei in Lanny Jaya

im Hochland Westpapas eine Operation gestartet, um zwei lokale Anführer des bewaffneten Widerstands (TPN PB) namens Enden Wanimbo und Purom Wenda zu verhaften. Den Informationen zufolge wurden am 7. November 2018 im Dorf

Popome im Bezirk Balingga gemeinsame Sicherheitskräfte stationiert. Die Operation wurde von verschiedenen lokalen Nachrichtenagenturen bestätigt und steht im Zusammenhang mit der Tötung eines Motorrad-Taxifahrers am 2. November



Polizeikontrolle im Hochland Westpapas. (Quelle: Tribata News Papua)

2018 durch Angehörige der TPN PB. Der Schusswechsel zwischen den Sicherheitskräften und dem TPN PB am 3. November 2018 führte zum Tod von zwei TPN PB-Kämpfern. Örtliche Quellen berichteten, dass viele Dorfbewohner im Bezirk Balingga Angst vor repressiven Handlungen der Sicherheitskräfte hätten und nach Tiom, dem Hauptort und Verwaltungszentrum des Lanny Jaya Landkreises, geflohen seien.

.....



Soldat tötet Zivilisten - Dorfbewohner rächen sich am Täter

Das Büro für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung (JPIC) der Papua-Tabernakel-Kirche (KINGMI Papua) hat die außergerichtliche Tötung eines papuanischen Theologiestudenten im Dorf Waroki in Nabire dokumentiert. Am 22. Oktober 2018 um 20.00 Uhr verließ Daud Ayomi (27 Jahre) sein Haus mit dem Motorrad, um Wasser zu kaufen. An der Kreuzung standen vier Angehörige des Militärs in Zivilkleidung. Als Daud Ayomi an der Gruppe vorbeifuhr, zog

einer der Soldaten plötzlich seine Waffe und schoss auf ihn. Die Kugel traf Daud Ayomi in der Brust und tötete ihn sofort. Der Grund für den Angriff ist derzeit unklar.

Als Anwohner den Schuss hörten, verließen sie ihre Häuser und näherten sich dem Tatort. Während drei der Soldaten fliehen konnten, versuchte Oberfeldwebel Surya Ganda Putra Silalahi, Mitglied des Militärbezirkskommandos Paniai 1705, vergeblich, mit Daud Ayomis Motorrad zu entkommen. Als Surya den Motor nicht starten konnte, floh er zu Fuß und versteckte sich hinter Daud Ayomis Haus. Gegen 20.30 Uhr fand eine

Schusswunde in der Brust von Daud Ayomi. (Foto: Familie des Opfers)

Gruppe von Dorfbewohnern Oberfeldwebel Surya in seinem Versteck und tötete ihn, indem sie ihm die Kehle durchschnitten.

Um 21.00 Uhr kamen Beamte der mobilen Brigade der Polizei (Brimob) in das Dorf Waroki und brachten die Leichen für eine Obduktion in das öffentliche Siriwini Krankenhaus in Nabire. Um 22.00 Uhr besuchten der Leiter der Bezirkspolizei Nabire und der Leiter des örtlichen Militärkommandos das Dorf und sprachen mit den Dorfbewohnern, um die Situation zu beruhigen und Informationen über die Umstände der Morde zu sammeln.

Während des Besuchs wollten drei junge Dorfbewohner namens Soloman Webi (18 Jahre), Vadius Jadau (14 Jahre) und Kores Voi (19 Jahre) Daud Ayomis Leiche im Siriwini Krankenhaus sehen. Als die Brimob-Mitglieder die drei Freunde auf der Suche nach einem Fahrzeug sahen, boten sie an, die Jungen in das Siriwini-Krankenhaus zu bringen. Stattdessen wurden die drei jedoch von den Polizeibeamten als Verdächtige im Mordfall von Oberfeldwebel Surya zur Polizeiwache von Nabire gebracht. Am 23. Oktober, gegen 11.30 Uhr, brachten Sicherheitskräfte den Leichnam von Daud Ayomi nach Waroki zurück und übergaben ihn der

Familie. Dabei verhafteten die Beamten auch einen weiteren Dorfbewohner (Name ist derzeit unbekannt) und nahmen ihn als Verdächtigen in dem Mordfall in Untersuchungshaft.

Der Leiter der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit des XVII. / Cenderawasih Militärkommandos, Oberst Muhammad Aidi, erklärte in einem öffentlichen Interview, dass sieben Dorfbewohner unter dem Einfluss von Alkohol Oberfeldwebel Surya Ganda Putra Silalahi mit Macheten und Messern angegriffen hätten. Nach Aussage von Oberst Aidi tötete Surya Daud Ayomi mit seiner Pistole, um sich vor dem Angriff des Mobs zu schützen.

Polizei misshandelt fünf Teilnehmende einer friedlichen Veranstaltung in Makassar

Die ‚Allianz für Demokratie‘ in Makassar hat eine Erklärung veröffentlicht, der zu Folge Polizeibeamte (POLRESTABES Makassar) vier Männer verhaftet und misshandelt haben sollen, nachdem diese eine friedliche Veranstaltung zur Menschenrechtslage in Westpapua besucht hatten. Die Veranstaltung fand am 13. Oktober 2018 in einem Studentenwohnheim in der

Pasewang-Straße in Makassar, in der Provinz Süd-Sulawesi statt. Im Wohnheim wohnen größtenteils Studierende aus Westpapua. Die Allianz berichtet, dass gegen 16.30 Uhr ein Dutzend Beamte in Zivil den Vorhof des Wohnheims betraten, Banner und Plakate entfernten und sagten, dass die Studenten keine Erlaubnis für die Veranstaltung erhalten hätten. Um 19.00 Uhr begannen die Studenten, selbst verfasste Gedichte, Reden sowie Musik- und Comedy-Aufführungen zu präsentieren, während rund 20 uniformierte Polizisten die Veranstaltung vor dem Gelände des Wohnheims aufmerksam beobachteten.



Besucher der Veranstaltung zu Westpapua in Makassar. (Foto: örtlicher Aktivist)

Vier Geheimdienstmitarbeiter verfolgten die Diskussion und die Aufführungen im Innenhof des Wohnheims. Um 22.00 Uhr forderte die Polizei, den Veranstaltungsplan zu beschleunigen, mit der Begründung, öffentliche Veranstaltungen seien nach 22.00 Uhr nicht erlaubt. Die Organisatoren beendeten daraufhin die Veranstaltung um 22.05 Uhr.

Nach der Veranstaltung sollen Mitglieder der örtlichen Polizei drei Studenten und einen Aktivist mit den Namen Amri, Wildan, Fahri und Imam, die an dem friedlichen Ereignis teilgenommen hatten, willkürlich festgenommen und anschließend misshandelt haben. Sie wurden

vorübergehend in einem Streifenwagen der Polizei festgehalten. Ein Polizist richtete seine Waffe auf Amris Hals und zwang ihn mit vorgehaltener Waffe, seine Kleidung auszuziehen. Der Polizist schlug ihn daraufhin auf den Kopf und nahm ihm sein Handy und seine Tasche weg, bevor er ihn zum Polizeiwagen schleppte. Die Polizeibeamten zerrten Wildan gewaltsam in den Streifenwagen und schlugen ihm dabei ins Gesicht. Fahri wurde willkürlich auf dem Parkplatz des Wohnheims verhaftet. Polizeibeamte schlugen ihn auf den Kopf und zerrten ihn gewaltsam zum Polizeifahrzeug. Unterdessen verhafteten Polizeibeamte Imam im Inneren des

Wohnheims und schleiften ihn zum Streifenwagen. Ein Offizier schlug ihm dabei in den Bauch. Imam überkam daraufhin eine starke Übelkeit. Die Polizei versuchten einen weiteren Teilnehmer namens Atu festzunehmen, während dieser die Verhaftungen und Misshandlungen filmte. Atu fiel zu Boden, als Polizisten versuchten, ihn aus dem Wohnheimgelände zu ziehen. Ein Offizier trat ihn, als er auf dem Boden lag. Es gelang den Studenten jedoch die Polizisten daran zu hindern, Atu aus dem Wohnheim zu zerren. Alle festgenommenen Teilnehmer wurden um 0.10 Uhr freigelassen.

Militärangriff im Hochland - Berichte gehen von fünf toten Zivilisten aus

Das indonesische Militär hat am 1. Oktober 2018 Angriffe im Landkreis Puncak Jaya im Hochland Westpapas durchgeführt. Dabei wurden mehrere Ziele im Distrikt Tingginambut angegriffen. Die Luftangriffe wurden von Bodentruppen unterstützt. Örtliche Menschenrechtsaktivisten berichten, dass die indonesische Armee explosive Geschosse wie Granaten und Raketen



Alltag im Hochland Westpapas. (Foto: Carole Reckinger)

verwendet habe. Bei dem Angriff wurden Berichten zufolge mindestens fünf Zivilisten getötet, darunter

eine schwangere Frau und mindestens zwei Minderjährige sowie zwei Mitglieder des bewaffneten Widerstands

(TPN-OPM). Die Menschen in dem betroffenen Gebiet sind in den umliegenden Dschungel geflohen, um Schutz vor den Streitkräften zu suchen. Menschenrechtsverteidiger vermuten, die tatsächliche Zahl der Todesopfer könnte höher sein, da die Zahl der möglichen Opfer, die bei der Flucht in den Wald verletzt oder getötet sein könnten, noch nicht absehbar ist.

Der Befehlshaber des XVII. Kommando Cenderawasih, Oberst Muhammad Aidi,

bestätigte die Militäroperation in einer Pressemitteilung. Eine Militärpatrouille habe ein Basislager des örtlichen TPN-Führers Goliath Tabuni entdeckt. Den Widerstandskämpfern sei es gelungen, das Lager zu verlassen und sich in den Dschungel zurückzuziehen. Laut Oberst Aidi beschlagnahmten seine Männer eine Schusswaffe, Munition, Mobiltelefone, eine Kamera, eine Morgensternflagge und verschiedene Dokumente.

Eine Mobilisierung zusätzlicher Militärtruppen des 1753 Alvita Nabire Regiments wurde am 30. September 2018 auch aus Enarotali (Landkreis Paniai) gemeldet. Die Truppen sollen am 1. Oktober 2018 Militärübungen durchgeführt haben. Menschenrechtsaktivisten vermuten, dass die Militäroperation und -übungen Teil eines groß angelegten Militäreinsatzes gegen die TPN-OPM im zentralen Hochland sein könnten und dass weitere Aktionen bevorstehen könnten.

Wegen einer Ohrfeige gefoltert



Die Folterverletzungen am Rücken von Sukay Alwan Suebu. (Foto: Familie des Opfers)

Die Vereinigung der Menschenrechtsanwälte für Papua (PAHAM Papua) hat einen Folterfall in Sentani, Jayapura dokumentiert. Am 10.

September 2018 folterten sechs Mitglieder der Luftwaffe einen Mann namens Sukay Alwan Suebu in einer Polizeistation in der Nähe des Flughafens Sentani (Polsek KP3U Bandara Sentani) und im Schlafsaal der Luftwaffenbasis (LANUD) in Sentani. Er erlitt aufgrund der Folter Prellungen am ganzen Körper und musste im Krankenhaus ärztlich behandelt werden.

Sukay Alwan Suebu wurde von der Firma PT Jayawijaya entlassen, wo er neun Jahre lang gearbeitet hatte. Als er gegen 9.00 Uhr das Firmenbüro verließ, machte sich einer seiner Kollegen über seine Entlassung lustig und Sukay Suebu gab ihm eine Ohrfeige. Der Kollege rief daraufhin seinen Bruder an, der Mitglied der Luftwaffe und auf dem nahe gelegenen Luftwaffenstützpunkt in Sentani

stationiert ist. Kurze Zeit später fingen dieses und ein weiteres Mitglied der Luftwaffe Sukay Suebu auf seinem Heimweg ab und brachten ihn zu einer Polizeistation in der Nähe des Flughafens von Sentani (Polsek KP3U Bandara Sentani), wo beide das Opfer wiederholt mit der Faust ins Gesicht schlugen.

Kurz darauf kamen vier Militärs zur Polizeistation KP3U. Um 10.00 Uhr brachten die sechs Soldaten - alle Mitglieder einer Spezialeinheit der Luftwaffe PASKHAS LANUD - Sukay Suebu in den Schlafsaal des Luftwaffenstützpunkts. Sie banden Suebus Hände an einen Fahnenmast und schlugen und traten auf seinen Körper ein. Die Militärangehörigen forderten auch Sukay Suebus Kollegen auf, sich an der Folter zu beteiligen. Sie hörten auf, als ein Bewohner Zeuge der

Folter wurde. Gegen 12.00 Uhr brachten die Militärangehörigen Sukay Suebu zurück in das PT Jayawijaya Büro und zwangen ihn, sich öffentlich bei dem

Unternehmensleiter und dem Personal zu entschuldigen. Auf dem Weg nach Hause verlor Sukay Suebu das Bewusstsein und fiel. Berichten zufolge vom

Motorradtaxi. Seine Verwandten brachten ihn ins allgemeine Krankenhaus Yowari in Sentani, wo er zwei Tage medizinisch behandelt werden musste.

Sicherheitskräfte foltern Zivilisten zu Tode



Der Leichnam von Yudas Gebze.
(Foto: Familie des Opfers)

Örtliche Menschenrechtsverteidiger haben die außergerichtliche Tötung von Yudas Gebze aus dem Bezirk Ilwayap im Landkreis gemeldet. Einer der mutmaßlichen Täter namens Siampa scheint ein Mitglied der örtlichen Polizei zu sein.

Am 13. September 2018, um 15.00 Uhr, drangen ein Polizist der mobilen Brigade namens Sihombing, der Marine-Offizier Simon Oskar Merom und ein weiterer Polizist namens Siampa gewaltsam in Yudas Gebzes Haus im Dorf Wogikel

auf der Suche nach dessen jüngerem Bruder Sisko Gebze ein. Nachdem sie Sisko Gebze nicht gefunden hatten, nahmen sie Yudas Gebze willkürlich fest und folterten ihn, um den Aufenthaltsort seines Bruders herauszufinden. Die Beamten benutzten einen scharfen Gegenstand, um Teile seiner Ohren abzuschneiden und verursachten Verletzungen an seiner Stirn, an den Händen und am linken Fuß. Außerdem schlugen ihn die Sicherheitskräfte wiederholt auf den Hinterkopf und verursachten eine blutende Verletzung.

Am 14. September 2018, um 07.00 Uhr, beförderten Angehörige der örtlichen Polizei Yudas Gebze mit dem Flugzeug in die Stadt Merauke. Die Polizeibeamten erlaubten Familienangehörigen nicht, ihn zu besuchen oder zu begleiten. Nach seiner Ankunft am Flughafen Merauke um 7.45 Uhr wurde Gebze in das allgemeine Krankenhaus Merauke gebracht. Als zwei seiner Verwandten um 09.00 Uhr versuchten, ihn in der Notaufnahme zu besuchen, hinderte ein Polizeibeamter namens Kace sie daran, den

Raum zu betreten. Kace gab den Verwandten auch eine irreführende Erklärung und behauptete, andere Dorfbewohner hätten Gebze geschlagen und schwer verletzt. Um 10.00 Uhr durfte ein Angehöriger von Yudas Gebze ihn besuchen. Dem Verwandten zufolge waren Gebzes Hände in Handschellen gelegt, obwohl seine körperliche Verfassung sehr schwach war. Um 17.00 Uhr starb Yudas Gebze in der Notaufnahme des allgemeinen Krankenhauses Merauke. Die Familie beschloss, eine Autopsie durchführen zu lassen, bevor sein Leichnam in Wogikel beigesetzt wurde.

Polizeisprecher A. M. Kamal wies die Vorwürfe zurück, dass Polizeibeamte Yudas Gebze gefoltert hätten und erklärte, die Beamten hätten die Festnahme in Übereinstimmung mit geltenden Gesetzen durchgeführt. Kamal behauptete, Gebze hätte sich gegen die Verhaftung gewehrt und die Sicherheitskräfte mit einem Messer bedroht. Er fügte hinzu, Gebze sei versehentlich auf zerbrochenes Glas gefallen und bereits verletzt gewesen, als die Beamten ihn festnahmen.

67 Menschen bei friedlicher Demonstration verhaftet

Die unabhängige Nachrichtenagentur Tabloid Jubi berichtet, dass am 24. September 2018 bei einer Demonstration in Jayapura 67 Unterstützer der „Vereinigten Befreiungsbewegung für Westpapua“ (ULMWP) verhaftet wurden. Die Demonstranten drückten ihre Unterstützung für Vanuatu und andere pazifische Länder aus, die das Thema Westpapua während der 73. Generalversammlung der Vereinten Nationen angesprochen hatten. Gegen 11.00 Uhr soll ein Polizist einen Demonstranten namens Petrus Kosamah misshandelt haben, als Mitglieder der Ordnungskräfte (DALMAS) die Menge auf dem Campus der Universität für Wissenschaft und Technologie (USTJ) im Stadtteil Abepura zerstreuten.



Verhaftete Demonstranten im Polizeibüro in Jayapura. (Foto: Tabloid Jubi)

Die Festnahmen erfolgten an drei verschiedenen Orten. Polizeibeamte führten um 9.20 Uhr in Ekspo Waena Verhaftungen durch. Ungefähr zwei Stunden später, um 11.30 Uhr, verhafteten Polizisten mehrere Demonstranten vor dem Postamt in Abepura. Die Verhaftungen auf dem USTJ-Campus fanden um 11.45 Uhr statt. Die Mehrheit der Verhafteten waren Studenten. Alle Verhafteten wurden in

der Polizeiwache Jayapura festgehalten. Der Leiter der Papua Regionalpolizei (Polda Papua) bestritt, dass Polizeibeamte Demonstranten misshandelt hätten. Er begründete die Auflösung der Demonstration damit, dass die Polizei angeblich nicht darüber informiert worden sei.

Zwei Verletzte bei Razzia in KNPB Büro

In einer gemeinsamen Aktion haben Sicherheitskräfte in der Zweigstelle des „Westpapua Nationalkomitee“ (KNPB) in Timika eine Razzia durchgeführt. Das KNPB ist eine politische

Organisation, die sich für das Selbstbestimmungsrecht der Papuas einsetzt. Während der Operation verhafteten die Sicherheitskräfte neun KNPB-Aktivisten - zwei von ihnen erlitten Kugelverletzungen und mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Polizeibeamte beschlagnahmten nach eigenen

Angaben einen Revolver, 104 Patronen vom Kaliber 5.56, 11 Revolverpatronen, eine AK47 Patrone und 7 Molotowcocktails. Vertreter des KNPB bestritten, dass KNPB-Aktivisten Feuerwaffen oder Sprengstoffe im Büro gelagert hatten. Die Polizei nutze erfundene Beweise, um die Organisation zu kriminalisieren



Verhaftete KNPB-Aktivistinnen nach der Razzia am 15. September. (Foto: örtlicher Aktivist)

und ihren friedlichen Widerstand zu brechen.

Am 15. September 2018 um 6.00 Uhr begannen Sicherheitskräfte, das Gebiet um das KNPB-Büro in der Freeport-Lama-Straße, Bungungan, Timika zu sichern. Gegen 7.00 Uhr versammelten sich ein Dutzend Minibusse (Toyota Avanza), ein Freeport RWB-Fahrzeug, zehn Fahrzeuge der Ordnungskräfte (Dalmas), fünf Polizeipatrouillen und etwa 20 zusätzliche Militärfahrzeuge mit mehreren hundert Männern vor dem Büro. Um 7.20 Uhr betraten die Sicherheitskräfte gewaltsam das Gebäude.

Menschenrechtsaktivisten veröffentlichten ein Video auf Youtube, das Teile der Operation dokumentiert. Das Video zeigt mehrere Dutzend Armee- und Polizeibeamte, die

vor dem Eingang des Büros der KNPB stehen, während einige der Beamten das Gebäude betreten haben. Kurz darauf werden mindestens 16 Schüsse im Büro abgefeuert. Während die Schießerei weitergeht, ziehen sich ein Dutzend Sicherheitskräfte plötzlich nach draußen zurück. Das Video vermittelt eher den Eindruck einer wilden Schießerei als einer gut koordinierten und professionellen Strafverfolgungsoperation.

Neben den genannten Schusswaffen beschlagnahmten die Sicherheitskräfte 20 Millionen Rupiahs (ca. 1.100 Euro), eine Morgensternflagge, Akten, zwei Mobiltelefone, einen Laptop, zwei Computer, drei Macheten, einen Bogen sowie 15 Pfeile. Außerdem wurde ein Großteil der

Einrichtung des Büros beschädigt. Zwei KNPB-Aktivistinnen erlitten während der Operation Kugelverletzungen und mussten im allgemeinen Krankenhaus Timika behandelt werden. Jack Yakonias Womsiwor (39 Jahre) erlitt drei Kugelverletzungen am linken Knöchel, an der Wade und dem Oberschenkel, während Erikson Mandobar (20 Jahre) zweimal in der rechten Wade getroffen wurde. Sieben weitere Unterstützer des KNPB, genannt Pais Nasia (24 Jahre), Titus Yelemaken (46 Jahre), Vincent Gobay (20 Jahre), Urbanus Kossay (18 Jahre), Efesus Hisage (42 Jahre), Arius Elopere (30 Jahre) und Nus Asso (46 Jahre) wurden festgenommen und vorübergehend in der Polizeiwache Mimika inhaftiert. Die sieben Aktivistinnen wurden

am selben Tag um 12.00 Uhr freigelassen. Jack Yakonias Womsiwor und Erikson Mandobar blieben in Haft.

Die Polizei hat Erichzon Mandobar und Yakonias Womsiwor mit den Artikeln 2 (1) des Notstandsgesetzes Nr. 15/51 über den unerlaubten Besitz oder Gebrauch von Feuerwaffen und Artikel 214 des indonesischen Strafgesetzbuches (KUHP) über versuchte Gewaltanwendung und Widerstand gegen Sicherheitsbeamte angeklagt. Erichzon Mandobar und Yakonias Womsiwor hielten

angeblich einen Speer und eine Machete in der Hand, als die Sicherheitskräfte das Büro von KNPB betraten. Die Polizeibeamten eröffneten Berichten zufolge das Feuer auf die Aktivisten, ohne Warnschüsse abzugeben. Anstatt gezielte Schüsse auf Yakonias Beine abzugeben, schossen die Polizisten den Aktivisten sechsmal mit Hartgummigeschossen auf das linke Bein.

Die Polizei erlaubte innerhalb der ersten Woche nach dem Vorfall zwei Behandlungen. Danach wurde beiden Aktivisten

der Zugang zu medizinischen Nachbehandlungen verwehrt. Ein Menschenrechtsanwalt der Erichyon und Zakonias während der Untersuchungshaft besuchte gab an, dass das verletzte Bein von Yakonias Womswior aufgrund mangelnder medizinischer Versorgung anschwell und sich verdunkelt habe. Bei dem Besuch des Anwalts war er nicht in der Lage aufzustehen und leidet aufgrund seiner Beinverletzungen unter starken Schmerzen. Erichzon und Yakonias sind derzeit im Hauptquartier Mako Brimom 32 Timika inhaftiert.

Indonesien verhängt dreijähriges Moratorium für neue Palmölplantagen

Indonesien hat ein dreijähriges Moratorium für die Entwicklung neuer Palmölplantagen verhängt. Gemäß dem von Präsident Joko Widodo unterzeichneten Erlass sollen in den kommenden drei Jahren keine weiteren Flächen für Palmölplantagen urbar gemacht werden, wie ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums am Donnerstag erklärte.

Ziel sei es, zur Senkung der Treibhausgasemissionen beizutragen, für eine bessere Umweltverträglichkeit des Anbaus zu sorgen, die Produktivität kleiner



Screenshot aus einem Video von Greenpeace International zur Zerstörung des Regenwaldes für Palmölplantagen.

Produzenten zu steigern und für Rechtssicherheit zu sorgen, erklärte der Ministeriumsvertreter.

Palmöl wird in zahllosen Produkten von Keksen über Shampoo und Make-

Up bis zur Schokocreme eingesetzt. Wegen einer stark gestiegenen Nachfrage auf dem Weltmarkt breiteten sich die Palmölplantagen auf der indonesischen Insel Sumatra sowie den indonesischen Teilen

von Borneo und Neuguinea in den vergangenen Jahren enorm aus.

Ganze Urwälder wurden dafür gerodet und der Lebensraum vieler bedrohter Tierarten zerstört. Illegale Brandrodungen lösen zudem alljährlich riesige Waldbrände aus, deren

Rauchwolken in weiten Teilen Südostasiens für Smog sorgen.

Das indonesische Umweltforum Walhi begrüßte das Moratorium. Es handele sich um einen positiven ersten Schritt in Richtung eines nachhaltigen Umgangs mit den Naturressourcen. Notwendig

wäre allerdings ein für 25 Jahre geltendes Moratorium, erklärte die Organisation.

Das Europaparlament hatte Anfang des Jahres gefordert, den Einsatz von Palmöl für Biosprit bis zum Jahr 2021 komplett einzustellen.

Quelle: AFP, 20. September 2018

Final Countdown - Greenpeace veröffentlicht Bericht über die Reformierung der Palmölindustrie

Die Umweltorganisation Greenpeace hat einen neuen Bericht mit dem Titel „Final Countdown“ über die Umsetzung der Ziele zur Reformierung der Palmölindustrie veröffentlicht. Im Jahr 2013 versprach Wilmar International, das größte Palmöl Handelsunternehmen der Welt, sein Palmöl zukünftig ausschließlich von verantwortungsbewussten Produzenten zu beziehen welche den Umweltschutz und Menschenrechte achten. Der Bericht dokumentiert großflächige Entwaldung und Menschenrechtsverletzungen durch 25 Palmöl Produzenten. Abgesehen von einer Ausnahme haben diese Unternehmen in den letzten 12 Monaten verschiedene



Cover des Berichts von Greenpeace.

Markenhersteller mit Palmöl beliefert. Greenpeace deckt in dem Bericht auf, dass die 25 Produzenten seit 2015 mehr als 130.000 ha Wald- und Moorflächen zerstört haben - 40% dieser Zerstörungen mit einer Gesamtfläche von 56.000 ha fanden in Papua, der östlichsten Provinz Indonesiens, statt. Papua hat mit seinen ausgedehnten Regenwaldflächen in den letzten Jahren zunehmend das Interesse der Palmölindustrie geweckt.

Zusammenfassung

Im Jahr 2010 verpflichteten sich Mitglieder des Forums für Verbrauchsgüter, die globalen Rohstofflieferketten nachhaltiger zu gestalten. Dennoch hatten diese Bemühungen kaum Erfolg, da die Ziele zu ehrgeizig gesetzt wurden und es an der Umsetzung mangelte. Dennoch gab es im Dezember 2013 eine bedeutende Entwicklung: Das weltweit größte Palmöl Handelsunternehmen Wilmar International verpflichtete sich dem Leitsatz „keine Entwaldung, keine Zerstörung von Mooren, keine Ausbeutung“ (NDPE). Wilmars Direktor Kuok Khoon Hong versprach, dass das Unternehmen innerhalb von zwei Jahren nur Palmöl von verantwortungsbewussten Produzenten beziehen werde, die die Umwelt schützen und die Menschenrechte respektieren.

Das Versprechen war Wilmars Reaktion auf die jahrelange Kritik an der Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen

durch die Palmölindustrie. Andere Händler und deren Kunden folgten Wilmars Beispiel, und innerhalb eines Jahres hatten die meisten großen Händler von indonesischem Palmöl - und die von ihnen belieferten Markenhersteller - eigene NDPE-Richtlinien entwickelt. Die Politik der Händler bezog sich nicht nur auf ihre eigenen Plantagen, sondern auch auf die anderer Erzeuger, von denen der größte Teil ihres Palmöls stammt.

Seit Ende 2014 liegen alle Voraussetzungen vor, um den NDPE Leitsatz zu einer gängigen Richtlinie für die Palmölindustrie zu machen. Die überwältigende Mehrheit des indonesischen und malaysischen Palmöls stammt jetzt von Unternehmen, die sich dem Schutz der Wälder verpflichtet haben; Eine aktuelle Analyse geht davon aus, dass Händler mit NDPE-Richtlinien bereits 74% der gesamten Raffineriekapazität in Indonesien und Malaysia ausmachen. Trotzdem deuten nur wenige Anzeichen auf eine langsamere Entwaldung im Zuge Palmölexpansion hin - obwohl Marken und ihre Zulieferer die Richtlinien entwickelt haben, wurde es versäumt, diese effektiv umzusetzen.

Die Probleme, mit denen sich Unternehmen bei der Beschaffung von risikoreichen Rohstoffen wie Palmöl konfrontiert sehen, sind weitgehend bekannt. Die

Ausweitung der Palmölindustrie und die damit einhergehende Zerstörung von Regenwäldern und Mooren hat verheerende Auswirkungen auf Indonesiens Bevölkerung und Tierwelt, sowie auf unser globales Klima. Trotz der Bekanntgabe der NDPE-Richtlinien scheitern Markenhersteller und Händler immer noch daran, Erzeuger und Lieferketten zu kontrollieren. In vielen Fällen beziehen die Unternehmen Palmöl von Plantagen die zwar den Richtlinien entsprechen - dennoch unterhalten viele der Produzenten an anderen Standorten Plantagen für welche Regenwaldflächen gerodet wurden. Markenhersteller und Händler besitzen keine Karten der Lizenz Flächen ihrer Lieferanten und verlangen auch keine Nachweise aller betriebenen Plantagen. Solche Maßnahmen würden aufdecken, ob die Erzeuger NDPE konform sind oder trotzdem anderenorts Regenwald zerstören. Ohne diese Informationen gibt es keine Möglichkeit zu garantieren, dass Palmöl von Produzenten bezogen wird, die nicht zur Entwaldung beitragen.

Trotz des Versprechens, die Lieferketten bis 2020 auf ausschließlich nachhaltig produziertes Palmöl umzustellen, beziehen Markenhersteller und ihre Zulieferer immer noch Palmöl von Produzenten, die Regenwälder zerstören. Der zweite Teil des Berichts dokumentiert umfangreiche Entwaldung und

Menschenrechtsverletzungen durch 25 Palmölproduzenten. Bis auf eine Ausnahme haben diese Produzenten in den letzten 12 Monaten Markenhersteller mit Palmöl beliefert. Aus dem Bericht geht hervor, dass die Produzenten seit 2015 mehr als 130.000 ha Wald und Torfflächen zerstört haben. Dies entspricht einer Fläche, die fast doppelt so groß ist wie Singapur – die Zahlen decken mit hoher Wahrscheinlichkeit nur einen Teil der tatsächlichen Ausmaße ab, denn die Gesamtgröße ihrer Plantagen ist unbekannt. 40% der Zerstörungen – etwa 56.000 ha – sind aus Indonesiens Provinz Papua berichtet worden.

Als weltgrößtes Palmöl Handelsunternehmen und Vorreiter von NDPE-Richtlinien ist Wilmar International zu einem erheblichen Teil verantwortlich für die Ausweitung der Palmölindustrie und die damit verbundene Zerstörung der Regenwälder Indonesiens. Die Analyse von Greenpeace deutet nicht nur darauf hin, dass Wilmar im Vergleich zu anderen Handelsunternehmen mehr Palmöl von Produzenten bezieht die Regenwälder zerstören – zugleich gelangt ein Großteil des schmutzigen Palmöls durch Wilmar auf den Weltmarkt. Forest Trust (TFT) und andere Organisationen welche Palmöl Unternehmen bei der Umsetzung von NDPE-Richtlinien beraten, müssen sich eingestehen diese Unternehmen nicht zur Verantwortung gezogen zu haben.

Für die Palmölindustrie ist dies die letzte Chance für eine Umstellung bis 2020. Wenn die globale Erderwärmung weiter voranschreitet und die Populationen gefährdeter Arten zurückgehen, werden Unternehmen zunehmend unter Druck geraten nachzuweisen, dass ihre Versorgungsketten sauber sind - oder sogar dazu gezwungen sein, die Produktion und den Handel von risikobehafteten Rohstoffen wie Palmöl komplett einzustellen. Die Zukunft der Palmölindustrie und anderer Sektoren hängt von der Umsetzung eines neuen

Handelsmodells ab, das auf Transparenz, unabhängiger Verifizierung und der Ächtung von Entwaldung und Menschenrechtsverletzungen basiert.

Wilmar muss dabei eine Führungsrolle übernehmen. Das Unternehmen muss beweisen, dass es kein Palmöl mehr von Produzenten bezieht die Regenwälder zerstören, indem Erzeuger sämtliche Standorte ihrer Plantagen und dazugehörige Karten von Lizenzflächen veröffentlichen. Die Handelsbeziehungen mit Produzenten die sich weigern

die zuvor genannten Auflagen zu erfüllen, sollen unverzüglich abgebrochen werden. Wilmar muss seine Lieferketten komplett umgestalten um bis 2020 nur noch mit Produzenten zu handeln, deren Betriebe alle Aspekte der NDPE -richtlinien erfüllen- auch wenn dies zur Folge hätte weniger Palmöl verkaufen zu können.

Wilmars Direktor, Kuok Khoon Hong, versprach 2013, den Markt bis 2020 mit entwaldungsfreiem Palmöl zu beliefern. Bis dahin bleiben ihm weniger als 500 Tage. Der letzte Countdown hat begonnen.

Folter mit Todesfolge



ASIAN HUMAN RIGHTS COMMISSION

Die Asiatische Menschenrechtskommission (AHRC) hat Informationen von der indonesischen NRO KontraS (Kommission für Verschwundene und Opfer von Gewalt) über den gewaltsamen Tod von Isak Dewayekua (23) erhalten. Armeeangehörige der Militäreinheit Yonif 755 / Yalet verhafteten und folterten ihn in Kimaam, Merauke zu Tode.

Nach den Informationen, die die AHRC erhalten hat, wird die Gerichtsverhandlung über den Tod von Isak durch Folter am Militärgericht III-19, Jayapura, abgehalten. In der ersten Anhörung reichte die Militärstaatsanwaltschaft die Anklage wegen mutmaßlicher Folter durch Armeeangehörige von Yonif 755/Yalet, nämlich Unteroffizier La Dili Wance (Vizeleiter des Militärstützpunkt Kimaam Satgas Pamrahwan), sowie Abiatar Harri Katoar und Fredrik Pattiasina ein.

Bisher hat der Untersuchungsprozess des Falls sehr lange gedauert. Seit November 2017 führt die Militärpolizei von Merauke (POMDAM Merauke) eine Untersuchung durch, und im Dezember 2017 wurde der Fall der Militärpolizei der

Provinz Papua vorgelegt. Das Ermittlungsverfahren dauerte über ein halbes Jahr, und im Juli 2018 begann die Verhandlung schließlich mit einem Mangel an Fakten und Zeugen vor dem Militärgericht.

KontraS zufolge bestehen zwischen ihren eigenen Untersuchungsergebnissen und denen der Militärpolizei erhebliche Unterschiede. Zum Beispiel befragte der Ermittler der Militärpolizei nicht alle Zeugen. Auch in der Chronologie des Tathergangs gibt es einige fehlende Fakten. Darüber hinaus ignorierten die polizeilichen Ermittler eine Anzeige der jüngeren Schwester des Opfers. Sie wurde angeblich von Abiatar Katoar, einem der mutmaßlichen Täter, sexuell belästigt.

Militäroperation im Hochland - zahlreiche Bewohner geflohen



Das Militär bombardiert Nduga im Hochland Westpapas
(Foto: örtlicher Aktivist)

Gemeinsame Sicherheitskräfte haben eine großangelegte Militäroperation gegen eine bewaffnete Gruppe der Befreiungsarmee Papuas (TPN) im Landkreis Nduga im Hochland Westpapas durchgeführt. Berichten zufolge haben die Sicherheitskräfte aus zwei Hubschraubern automatische Feuerwaffen und Granaten abgefeuert. Der Angriff ereignete sich am 11. Juli 2018 am Nachmittag und konzentrierte sich auf das Dorf Alguru, das das indonesische Militär als Hochburg des lokalen TPN verdächtigt. Medienquellen berichteten, dass der Angriff keine zivilen Opfer verursacht habe. Lokale Menschenrechtsverteidiger teilten jedoch Informationen mit, nach denen Dorfbewohner in die umliegenden Wälder und benachbarten Landkreise geflohen seien. Am 19. Juli traf eine Gruppe von 33 Flüchtlingen aus der Region

Nduga in der Stadt Merauke ein. Mindestens zehn weitere Flüchtlinge sollen in die Stadt Timika geflohen sein.

Die Operation folgte einem bewaffneten Angriff auf ein Zivilflugzeug des Luftfahrtunternehmens Trigana am 25. Juni 2018. Das Flugzeug Twin Otter brachte Sicherheitskräfte in die Stadt Kenyam, wo sie zur Sicherung der bevorstehenden Kommunalwahlen eingesetzt werden sollten. Während des anschließenden Feuergefechts zwischen TPN und indonesischen Sicherheitskräften wurden drei Zivilisten getötet. Lokale Quellen berichteten, dass TPN-Kämpfer und indonesische Sicherheitskräfte am 3., 4. und 11. Juli 2018 in der Nähe des Kenyam-Flusses sich beschossen hätten und dabei mindestens zwei verletzte mobile Brigadeoffiziere

zurückgelassen hätten. Bei den bewaffneten Auseinandersetzungen sollen vier Polizisten der mobilen Brigade getötet worden sein. Das indonesische Militär setzte zwei Hubschrauber ein, um mit den Feuerwaffen und Granaten auf die TPN-Widerstandskämpfer zu schießen. Die ICP erhielt ein kurzes Video, das einen kurzen Eindruck über die Folgen der Angriffe vermittelt (s. Foto).

Mehrere indonesische Menschenrechtsorganisationen und Glaubensverbände veröffentlichten eine Pressemitteilung, in der sie Präsident Joko Widodo aufforderten, unabhängigen Institutionen zu erlauben, in der Region Nduga zu arbeiten, darunter die Nationale Menschenrechtskommission (Komnas HAM) und die Nationale Polizeikommission (Kompolnas). Die Organe sollten sicherstellen, dass die indonesischen Sicherheitskräfte keine repressiven Maßnahmen ergreifen, die unschuldige Zivilisten zu Opfern machen könnten. Die Organisationen forderten auch, dass die Regierung dem Indonesischen Roten Kreuz (PMI) Zugang zum betroffenen Gebiet erteilen solle, um humanitäre Hilfe sowie Nahrungsmittelhilfe, medizinische Unterstützung und Hilfe zur Traumabewältigung für die Bewohner, insbesondere für Frauen und Kinder, leisten zu können.

Studierendengruppe bedroht und angegriffen – Studentin sexuell belästigt

Ein Regierungsbeamter und eine zusammengesetzte Gruppe von Sicherheitskräften haben erneut Studierende aus Papua in der Stadt Surabaya in der Provinz Ost-Java eingeschüchert. Ein ähnlicher Fall war bereits sechs Tage zuvor am 1. Juli 2018 in der javanischen Stadt Malang aufgetreten. Am 6. Juli 2018 versammelten sich mehr als 100 Sicherheitskräfte, von denen einige mit automatischen Gewehren ausgestattet waren, und der Leiter des Unterbezirks Tambaksari, Ridwan Mubarun, vor einem Studentenwohnheim das

größtenteils von Studierenden aus Papua bewohnt wird. Die Sicherheitskräfte wurden angeblich von Angehörigen nationalistischer Gruppierungen begleitet. Ridwan Mubarun initiierte die Polizeiaktion zur Auflösung der friedlichen Versammlung, die die Studenten zum 20. Jahrestag des „Biak-Massakers“ organisiert hatten. Als die Studenten und ein Anwalt des Surabaya Legal Aid Institute (LBH Surabaya) den Haftbefehl sehen wollten, folgte ein hitziger Streit. Polizisten zogen mit Gewalt mehrere Studenten aus der Menge. Nach Informationen von LBH Surabaya wurde eine Studentin während der Polizeioperation sexuell belästigt.

Fallbericht

Am Nachmittag des 6. Juli 2018 versammelte sich eine

Gruppe papuanischer Studenten im Studentenwohnheim in der Kalasan-Straße 10 im Stadtteil Tambaksari. Mitglieder der Papua Student Alliance (AMP) hatten eine Gedenkveranstaltung mit Diskussion anlässlich des 20. Jahrestags des Massakers von Biak geplant. Die Studenten wollten einen Dokumentarfilm über das Massaker anschauen und den Vorfall mit Freunden und Aktivisten besprechen.

Um 19.00 Uhr versammelte sich eine Gruppe von mehr als 100 Sicherheitskräften bestehend aus der Polizeieinheit zur Durchsetzung der öffentlichen Ordnung (SATPOL PP), der Bezirkspolizei und dem Militär vor dem Wohnheim. Die Sicherheitskräfte waren angeblich von dem Leiter des Unterbezirks Tambaksari, Ridwan Mubarun, gerufen



Gemengelage vor dem Studentenwohnheim (Foto: Suara Papua)

worden, der die friedliche Studentenversammlung auflösen wollte. Aufgrund der großen Anzahl von Sicherheitskräften vor dem Wohnheim rief einer der Studenten Mohamad Soleh, einen Anwalt des Surabaya Legal Aid Institute (LBH Surabaya), an und bat ihn um Unterstützung.

Um 20.30 Uhr ging eine Gruppe papuanischer Studenten in Begleitung des LBH-Anwalts und Anindya Joediono, Jurastudentin an der Narotama Universität und Aktivistin der Nationalen Studentenfront (FMN), nach draußen, um sich mit Ridwan Mubarun zu treffen. Dieser erklärte, dass er und die Polizeibeamten die Versammlung auflösen wollten, weil er vermutete, dass die Studenten über die politische Unabhängigkeit Westpapas diskutierten. Der Regierungsbeamte beabsichtigte angeblich, die Identitäten der Studenten zu überprüfen und argumentierte, dass die Auflösung der Versammlung eine Strafverfolgungsoperation sei. Als der Rechtsanwalt von LBH und Anindya Joediono Ridwan Mubarun darum baten, den Haftbefehl zu zeigen, zeigten die Polizeibeamten kein Dokument, das die Auflösung

genehmigte. Eine hitzige Diskussion zwischen dem Leiter des Unterbezirks und den Studenten begann (siehe Bild).

Die Situation eskalierte, als ein Polizist Anindya Joediono grob anschrie. Daraufhin versuchten Polizisten, Anindyas Freundin Isabella und LBH-Anwalt Mohamad Soleh gewaltsam von der Gruppe wegzuziehen. Ein Polizeibeamter berührte Anindyas Brüste und zog an ihrem Hemd, bis einer der Knöpfe abgerissen war. Unterdessen versuchten mehrere Polizisten, Anindya zu einem Polizeifahrzeug zu ziehen. Mehrere Polizeibeamte begannen, die Motorräder der Papua-Studenten zu überprüfen und behaupteten, sie hätten die Fahrzeuge gestohlen.

Um 23.00 Uhr verließen die Sicherheitskräfte das Studentenwohnheim, ohne das Gebäude betreten zu haben. Die Studierenden befürchten, dass rassistische Gefühle und negative Medienöffentlichkeit horizontale Konflikte zwischen Papuas und Nicht-Papuas auslösen könnten, da ähnliche Vorfälle bereits in mehreren Städten Indonesiens aufgetreten sind. Anindya Joediono erklärte in einem Interview mit der Nachrichtenplattform „Suara

Papua“, dass die AMP über soziale Medien rassistische Kommentare erhalten habe und die Papua-Studenten nach dem Vorfall „Affen“ und „Neger“ genannt worden seien.

Nach dem Vorfall veröffentlichte LBH Surabaya eine Pressemitteilung, in der die Menschenrechtsorganisation betonte, dass die freie Meinungsäußerung, Meinungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit durch Artikel 28 E (3) der indonesischen Verfassung von 1945 und Artikel 24 (1) des Gesetzes 39/1999 über Menschenrechte völkerrechtlich und national geschützt sind. LBH Surabaya forderte den Präsidenten Indonesiens, den Leiter der Regionalpolizei Ost-Javas (POLDA Jawa Timur) und die Stadtregierung von Surabaya auf, dafür zu sorgen, dass keine diskriminierenden Maßnahmen gegen Papua-Studenten mehr stattfinden und dass die zuvor genannten Rechte respektiert und geschützt werden. Darüber hinaus sollen Polizeibeamte, die an Straftaten gegen Studenten beteiligt sind, in Übereinstimmung mit dem Gesetz strafrechtlich verfolgt werden.

Schießereien bei Regionalwahlen - sechs Menschen im Hochland getötet

Die Allgemeine Wahlkommission (KPU) hat begonnen, die Kommunalwahlen (PILKADA oder PEMILUKADA) für die Posten der Gouverneure, Landräte und Bürgermeister in Indonesien zu organisieren. Die Wahlen sollen noch vor Dezember 2018 stattfinden. Die Wahlvorbereitungen in den Hochlandregionen Nduga und Puncak Jaya wurden von gewaltsamen Zusammenstößen zwischen bewaffneten Gruppen und Sicherheitskräften begleitet, die in den Regentschaften eingesetzt wurden, um den Wahlprozess zu sichern. Im Landkreis von Nduga eröffnete eine unbekannte bewaffnete Gruppe das Feuer auf ein Flugzeug, das den Piloten verletzte. Später führten bewaffnete Zusammenstöße zwischen Sicherheitskräften und Tätern zum Tod von drei Menschen. Außerdem wurden der Leiter des Bezirks Torere und zwei Polizeibeamte in der Regentschaft Puncak Jaya getötet, wo sie die Kommunalwahlen für den Distrikt Hulu überwachten.

Angriff auf Flugzeug in Nduga

Am 25. Juni 2018 um 09.45 Uhr eröffnete eine unbekannte bewaffnete Gruppe das Feuer auf ein ziviles Flugzeug des Luftfahrtunternehmens Trigana, als das Flugzeug am Flughafen Kenyam im Landkreis Nduga landete. Nach Informationen des Menschenrechtsnetzwerkes für Strafverfolgung und Menschenrechte des Papuanischen Zentralen Hochlandes (JAPH-HAM) brachte der Twin Otter (siehe Bild) Sicherheitskräfte nach Nduga, wo sie zur Sicherung für die bevorstehenden Kommunalwahlen eingesetzt werden sollten. Der Pilot, Ahmad Khamil (27 Jahre), erlitt eine Kugelverletzung an der linken Schulter (Schulterblatt) und wurde zur medizinischen Behandlung in das örtliche Gesundheitszentrum (PUSKESMAS) gebracht.

Zwischen 10.00 und 11.30 Uhr fand ein Schusswechsel zwischen ungefähr 70 Mitgliedern der Sicherheitskräfte und den mutmaßlichen Tätern im Komplex Koteka in der Nähe des Flughafens statt. Der bewaffnete Konflikt führte zum Tod von Henrik Sattu Kola (35 Jahre), seiner Frau Margaretha Pali (20 Jahre) und Zaenal Abidin (28 Jahre). Henrik

Sattu erlitt eine Schusswunde im Bauch, während Zaenal Abidin auf der linken Seite des Brustkorbs getroffen wurde. Margaretha Pali starb aufgrund einer tödlichen Kopfwunde, die vermutlich durch eine Machete verursacht wurde. Der Sohn von Henrik Sattu und Margaretha Pali namens Arjuna Kola (6 Jahre) erlitt eine blutende Verletzung an der rechten Wange und musste ins Krankenhaus eingeliefert werden. Alle Opfer stammen ursprünglich von der indonesischen Insel Sulawesi und haben in Nduga Kleinunternehmen gegründet.

Trotz der hohen Anzahl an Sicherheitspersonal und militärischer Ausrüstung gelang es den Sicherheitskräften nicht, die Täter zu verhaften. Menschenrechtsverteidiger gehen davon aus, dass die Polizei und das Militär in



Todesopfer in Nduga
(Foto: örtliche Nachrichten)

der Region Nduga mehr Sicherheitsoperationen durchführen werden, um die Täter aufzuspüren. In der Vergangenheit haben solche Operationen auch Zivilisten betroffen und zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen geführt. Sicherheitskräfte und Einwohner in Nduga sind weiterhin sehr wachsam. Es bleibt unklar, wann die Kommunalwahlen in Nduga stattfinden werden

Laut Radio New Zealand International hat eine Fraktion der West Papua National Liberation Army (TPN) die Verantwortung für die Schießerei übernommen. Ein TPN-Sprecher erklärte, dass eines der männlichen Opfer eine Waffe gezogen und versucht habe, den TPN-Kämpfer zu erschießen, während zwei

andere versucht hätten, ihn zu halten. Er behauptete, dass der Mord in einem Akt der Selbstverteidigung geschah und erklärte, dass der sechsjährige Arjuna Kola während des Kampfes versehentlich verletzt wurde.

Bewaffnete Gruppe schießt auf Polizisten

Ein zweiter Angriff auf Polizisten ereignete sich am 26. Juni 2018 im Torere-Distrikt des Landkreises Puncak Jaya. Gegen 11.30 Uhr fuhr eine Gruppe von Dorfbewohnern von Torere mit zwei Schnellbooten zu einem Wahllokal in der Nähe der Grenze zum Landkreis Mamberamo Raya, wo sie an den Kommunalwahlen teilnehmen wollten. Gegen 16.00 Uhr wurde eines der Schnellboote angegriffen, als

die Gruppe auf dem Rückweg nach Torere war. Die Täter gaben mehrere Schüsse aus einem Versteck in der Nähe des Flussufers ab und griffen das Boot mit dem Leiter des Bezirks Torere, Obaja Froaro, und neun Polizisten an.

Obaja Froaro und zwei Polizisten der Polizei des Bezirks Puncak Jaya, namens Jesayas H Nusi und Sinton Kabarek, starben während des Angriffs. Der Leiter der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der Regionalpolizei Papuas, Ahmad Mustafa Kamal sagte in einer Erklärung, dass die Polizeibeamten zwei Schusswaffen (Typ SSI und AK 101) verloren hätten, die sich in den Händen der Täter befinden könnten.

Enteignet, entmündigt, bedroht

Das Recht auf Selbstbestimmung im Kontext Westpapas

von der International Coalition for Papua (ICP)

Selbstbestimmung wird in interne und externe Selbstbestimmung unterschieden. Interne Selbstbestimmung bezieht sich auf die Freiheit einer Person, über das Schicksal einer Person oder einer Gruppe in Bezug auf eine Lebensweise, den Besitz und das Eigentum frei zu entscheiden. Es ist eng mit einer Reihe von Rechten und Freiheiten verbunden, die durch nationales und internationales Recht garantiert wurden. Externe Selbstbestimmung bezieht sich auf das Konzept der politischen Unabhängigkeit. Die Unabhängigkeitsbestrebungen in Westpapua wurden von verschiedenen politischen Gruppen wie KNPB (West Papua National Committee), WPNA (West Papua National Authority) und der NFRPB (Federal Republic of West Papua) gefördert.

Während die Zentral- und Provinzregierungen immer noch das Sonderautonomiegesetz als Alternative zur politischen Selbstbestimmung befürworten, hat die Gründung der ‚United Liberation Movement for West Papua‘ (ULMWP) zur Festigung der Unabhängigkeitsbewegung geführt und der Forderung nach Unabhängigkeit in der Zivilgesellschaft Westpapas eine neue Dynamik gegeben. Das Fehlen einer angemessenen Strategie zur Konfliktlösung sowie wirksamer Mechanismen zur Bewältigung von Menschenrechtsverletzungen haben die Bestrebungen nach politischer Selbstbestimmung in Westpapua zusätzlich gestärkt. Auch in Bezug auf interne Selbstbestimmung haben weder staatliche Gesetze noch Lokalregierungen in Westpapua es geschafft, den internationalen

Standard der freiwilligen, vorherigen und in Kenntnis der Sachlage erteilten Zustimmung (FPIC) gemäß der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker (UNDRIP) zu garantieren. Das Fehlen staatlicher Kontrollmechanismen für die Umsetzung von FPIC-Standards hat wesentlich zur Verarmung vieler indigener Gemeinschaften beigetragen. Oftmals arbeiten Unternehmen in Westpapua eng mit Polizei und Militär zusammen. Dadurch geraten indigene Gemeinschaften oftmals in Situationen, in denen sie nicht mehr frei über ihre Lebensweise und ihr Eigentum entscheiden können.

Das Recht auf Selbstbestimmung ist ein Grundprinzip des Völkerrechts, das in der Charta der Vereinten Nationen, dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (nachstehend „ICCPR“) und im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verankert ist (im Folgenden als „ICESCR“ bezeichnet).¹ Das Recht auf Selbstbestimmung wurde auch in anderen internationalen und regionalen Menschenrechtsinstrumenten anerkannt, wie dem Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen und dem Ausschuss für die Beseitigung von Rassendiskriminierung; der Helsinki Final Act von 1975, Teil VII; der Afrikanischen Charta der Rechte von Menschen und Völkern, Artikel 20; sowie der Erklärung über die Unabhängigkeit von Kolonialgebieten und -völkern. Darüber hinaus wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker durch den Internationalen Gerichtshof bestätigt.



Demonstration in Vanuatu für die Aufnahme der ULMWP in die Melanesian Spearhead Group, 2016
(Quelle: ulmwp.org)

Sonderautonomie oder externe Selbstbestimmung?

Im Jahr 2001 verabschiedete die indonesische Regierung das Papua Sonderautonomiegesetz (OTSUS Papua) als Antwort der Regierung auf die Forderung nach externer Selbstbestimmung, die seit Beginn der ‚Neuen Ordnung‘ unter Präsident Suharto stetig lauter wurde. Unter der Diktatur Suhartos hatte die indonesische Regierung die politischen Bestrebungen nach Unabhängigkeit jahrzehntelang ignoriert und unterdrückt.

Das Sonderautonomiegesetz sollte den Menschen in Westpapua mehr Freiraum für innere Selbstbestimmung einräumen und zugleich ein Alternativmodell zur politischen Unabhängigkeit darstellen. Das Sonderautonomiegesetz bildete die rechtliche Grundlage für eine Reihe von Freiheiten und Rechten indigener Papuas. Dennoch war die Umsetzung des Gesetzes für viele Menschen in Westpapua eine Enttäuschung.

In den letzten Jahren hat die inkonsequente Umsetzung des OTSUS Papua-Gesetzes sowie die starke Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten neuen Nährboden für die Unabhängigkeitsbestrebungen in Westpapua geschaffen.

Die Provinzregierung entwickelte daraufhin das ‘Sonderautonomie Plus’ Gesetz (OTSUS PLUS) als Lösung. Das Konzept von OTSUS PLUS stieß in Westpapua auf heftige Kritik, da der Gesetzesentwurf ohne Beteiligung der Zivilgesellschaft verfasst wurde. Darüber hinaus wurde das Gesetz von der Provinzregierung entworfen ohne eine Auswertung des ursprünglichen Sonderautonomiegesetzes vorgenommen zu haben. Beide Sonderautonomiegesetze haben jedoch eines gemeinsam - sie verfügen nicht über wirksame Mechanismen, um die Kontrolle von Entwicklungsprozessen in Westpapua zu garantieren.

Die Vereinte Freiheitsbewegung für Westpapua (ULMWP) und ihre Bemühungen für externe Selbstbestimmung

Während der Legislaturperiode von Präsident Joko ‚Jokowi‘ Widodo, haben die Mobilisierung und strategiebasiertes politisches Engagement in Westpapua stark zugenommen. Immer mehr Menschen zeigen Engagement und setzen sich innerhalb Westpapas aber auch außerhalb Indonesiens für Selbstbestimmung ein. Die Bildung der ULMWP hat diese Dynamik beschleunigt und die Sympathie vieler Staaten für die Westpapua-Thematik insbesondere in der Pazifikregion gewonnen. Das bisherige Versagen des Staates, sich mit Menschenrechtsfragen in Westpapua zu befassen sowie das mangelnde Engagement für wirksame Konfliktlösungen, haben viele Papuas dazu bewegt, sich hinter die ULMWP zu stellen.

Erstmals vereinigten sich die Unabhängigkeitsfraktionen Westpapas zur ULMWP, um die Anerkennung anderer Ländern Ozeaniens zu suchen und die Vollmitgliedschaft bei der Melanesian Spearhead Group (MSG) zu beantragen. Die ULMWP hat zum Ziel, dass die MSG sie in ihren politischen Bestrebungen unterstützt und ihre Identität als Melanesier anerkennt. Die indonesische Regierung hingegen betrachtet die ULMWP-Lobbyarbeit als Separatismus und hat versucht, ausländische Regierungen in der Pazifikregion, wie Australien und Neuseeland, durch diplomatische Bemühungen auf ihre Seite zu ziehen. Diese Länder sollen einen Gegenpol bilden um Indonesiens Souveränität über Westpapua im Pazifik zu behaupten. Die ULMWP hat durch ihre Arbeit viele indigene Papuas dazu bewegt, ihre ethnische Identität neu wahrzunehmen. So ist neben dem Streben nach politischer Unabhängigkeit auch das kulturelle Selbstverständnis vieler Papuas als Melanesier stärker geworden.

Forderungen nach externer Selbstbestimmung nehmen weiter zu

Die wachsenden Bestrebungen nach äußerer Selbstbestimmung in Papua sind ein Indikator für die dringende Notwendigkeit von Friedensgesprächen zwischen der indonesischen Regierung und der ULMWP. Der vom indonesischen Institut für Wissenschaften (LIPI) und dem Papua Friedensnetzwerk (JDP) gemeinschaftlich entwickelte Dialogansatz war in den letzten Jahren die vielversprechendste Friedensinitiative. Bisher hat die indonesische Regierung keine klare Position gegenüber dem Dialog vertreten. Der Friedensprozess stagniert zwischen beiden Konfliktparteien nach wie vor. Ein starkes Misstrauen herrscht, unter anderem weil die Regierung den Konflikt weiterhin durch starke Militär- und Polizeipräsenz zu kontrollieren versucht. Regierungsentscheidungen zu Westpapua werden häufig auf der Grundlage einseitiger Informationen von Polizei, Geheimdienst und Militär getroffen. In der Vergangenheit hat sich immer wieder gezeigt, dass diese Institutionen nicht in der Lage sind, den Konflikt in Westpapua neutral zu bewerten und objektive Informationen zu liefern – sie vertreten konservative Ansichten und stellen häufig nationalistische Interessen in den Vordergrund.

Die indonesische Zentralregierung hielt 2015 und 2016 weiterhin an ihrem sicherheitspolitischen Ansatz fest, um den Konflikt in Westpapua zu kontrollieren. Aktivisten und Intellektuelle kritisieren das mangelnde Engagement der Regierung, um alternativen Strategien für eine friedliche Konfliktlösung zu verfolgen. In vielen Regierungsbehörden - insbesondere im Sicherheitssektor - bestehen weiterhin starke Vorurteile gegenüber Papuas, die sich auf friedliche Weise politisch engagieren und von den zuvor genannten Akteuren oftmals als Staatsfeinde und Separatisten stigmatisiert werden. Viele indigene Papua vertreten die Ansicht, dass die Regierung nicht ihrer

Pflicht nachkommt, wesentliche Grundrechte und Freiheiten in Westpapua zu garantieren, obwohl diese in der indonesischen Verfassung verankert sind. In Folge des stagnierenden Friedensprozesses sind politische Forderungen nach Unabhängigkeit in Westpapua in den letzten Jahren lauter geworden und es kam zu einer Zunahme friedlicher politischer Aktivitäten in der Zivilgesellschaft Westpapas. Gleichzeitig begrenzt der Staat demokratische Freiheiten in Westpapua. Diese Situation hat 2016 zu wachsenden Spannungen geführt.

Im Jahr 2016 führte der Sonderberichterstatter für Versammlungsfreiheit eine thematische Studie zu Fundamentalismus und seinen Auswirkungen auf die Versammlungs- und Meinungsfreiheit durch. Der Sonderberichterstatter kam in seinem Bericht unter anderem zu folgendem Schluss: „Die Durchsetzung der nationalistischen Ideologie des „Einheitsstaates“ durch staatliche Behörden hat zur Unterdrückung von Demonstrationen indigener Papuas geführt. Er betonte weiter, „dass der Staat die Verantwortung hat, friedliche Demonstrationen zu schützen und zu ermöglichen, selbst wenn dabei politische und kulturelle Ansichten vertreten werden, die sich von Standpunkten der Regierung unterscheiden oder diese ablehnen.“¹

Der indonesische Staat erkennt die Existenz indigener Menschen nicht förmlich an. Dementsprechend werden die Landrechte indigener Gemeinschaften nur unzureichend durch das indonesische Gesetz garantiert. Die Ausbeutung von Land- und natürlichen Ressourcen in West-Papua durch das Militär wird durch Artikel 33 der indonesischen Verfassung ermöglicht, welche die Existenz indigener Völker und deren Landrechte nicht anerkennt.

Theoretisch haben indigene Landbesitzer nach dem Agrargesetz von 1960 die Möglichkeit, Rechtsansprüche für Land geltend zu machen. Dies ist jedoch nur möglich, wenn das Gericht der Ansicht ist, dass ein solcher Anspruch nationale Interessen nicht beeinträchtigt. Folglich gibt es keinen staatlichen Rechtsschutz für das Land indigener Gemeinschaften. Andere indonesische Gesetze wie das Forstgesetz von 1999 und das Dorf-Gesetz von 2014 bieten ebenfalls keinen ausreichenden Schutz indigener Landrechte. Es gibt viele Fälle, in denen indigene Gemeinschaften oder Einzelpersonen als Separatisten stigmatisiert wurden, weil sie versucht haben, ihr Land zu schützen, ihre Kultur und Traditionen zu praktizieren oder ihre ethnische Identität als Melanesier auszudrücken.



Palmölplantage bei Sorong (Foto: Antoine Lemaire)

1 Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist in Artikel 1 des Sozial- und Zivilpakts verankert und lautet wie folgt: "(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung. (2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des

gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden. (3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhändergebieten verantwortlich sind, haben entsprechend den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten."

Der Sonderberichterstatter der Unterkommission für indigene Völker, Jose Martinez Cobo, formulierte 1986 in seiner Studie zum Thema „Problem der Diskriminierung indigener Bevölkerung“ eine Definition für den Begriff „indigene Völker“. Er definierte indigene Völker als eine Gruppe von Individuen oder Gemeinschaften, die: (1) das Land ihrer Vorfahren besiedeln oder zumindest einen Teil davon; (2) eine gemeinsame Abstammung mit den ursprünglichen Bewohnern des Landes haben; (3) Kulturelle Ähnlichkeit im Allgemeinen oder in bestimmten Ausprägungen haben, (4) eine ähnliche Sprache sprechen; und (5) sich in bestimmten Teilen des Landes der in bestimmten Regionen der Welt aufhalten.

Im Rahmen der kulturellen Selbstbestimmung erkennt die von der Generalkonferenz der UNESCO angenommene Erklärung hinsichtlich der Prinzipien der internationalen kulturellen Zusammenarbeit das Recht und die Pflicht an, Kultur zu entwickeln und erwähnt in ihrer Präambel die Anerkennung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung. Dies bedeutet die Anerkennung des Rechts, kulturelles Erbe wieder zu erlernen, auszuüben und weiterzuentwickeln sowie das Recht aller seiner Mitglieder auf Bildung und Kultur. Die von indigenen Völkern eingeforderten kulturellen Rechte sind für das Überleben indigener Gemeinschaften von grundlegender Bedeutung. Indigene Völker versuchen zu verhindern, dass ihr Erbe, ihre Werte, ihre kulturelle Identität und ihre Lebensweise durch äußere Kräfte zerstört werden.

Standard der freiwilligen, vorherigen und in Kenntnis der Sachlage erteilten Zustimmung (FPIC) – ein fundamentales Prinzip interner Selbstbestimmung

Das Recht, über seinen natürlichen Reichtum und seine Ressourcen frei zu verfügen, ist ein fester Bestandteil der inneren Selbstbestimmung indigener Völker. Konflikte über Land- und Ressourcenrechte sind die häufigsten Probleme mit denen indigene Völker der Welt zu kämpfen haben - dies gilt auch für die Ureinwohner Westpapas. Der Zugang und die Rechte über Land und die darin vorhandenen Ressourcen sind ein wesentlicher Bestandteil des Rechts auf Selbstbestimmung. In der Praxis erkennt die indonesische Regierung dieses Recht hinsichtlich der Kontrolle über Land und natürlichen Ressourcen nicht vollständig an. Viele indigene Gemeinschaften in Westpapua haben in Folge der agrarischen Landnutzung nur

noch eingeschränkten Zugang zu natürlichen Ressourcen. Aufgrund der Ausbreitung von Palmölplantagen oder forstwirtschaftlicher Nutzungsflächen sind indigene Gemeinschaften nicht mehr in der Lage, ihre Lebensweise frei zu bestimmen. Kritische Stimmen in Westpapua haben der indonesischen Regierung vorgeworfen, bewusst die kulturellen und spirituellen Beziehung zwischen indigener Gemeinschaften und ihrem Land bzw. der Natur zu (zer-)stören.

Indonesien hat die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte von indigenen Völkern (UNDRIP) und andere internationale Menschenrechtsabkommen unterzeichnet. Das Völkerrecht hält die indonesische Regierung dazu an, Gesetze zu schaffen, welche die Umsetzung und Kontrolle von FPIC Standards ermöglichen. Gesetzlich vorgeschriebene formelle Verfahren sollten indigenen Gemeinschaften das Recht einräumen, aktiv an Entscheidungsprozessen im Zusammenhang mit der Nutzung ihres Landes

und ihrer Ressourcen teilzunehmen. Dazu gehört auch das Recht, Entwicklungsprojekte oder wirtschaftliche Investoren abzulehnen. Ressourcen werden in Westpapua oftmals durch großflächige Entwicklungsprojekte ausgebeutet, insbesondere durch Minen, Öl- und Gas Projekte, Holzproduktion und Palmölplantagen. Obwohl Unternehmen theoretisch verpflichtet sind, Vereinbarungen mit indigenen Gemeinschaften hinsichtlich der Nutzung von Land zu treffen, laufen Verhandlungen in der Praxis oftmals nicht im Einklang mit FPIC Standards ab. So ist es kein Wunder, dass Vereinbarungen zwischen Investoren und indigenen Landbesitzern häufig nicht FPIC-Grundsätzen gemäß der UNDRIP Erklärung entsprechen. Das Fehlen staatlicher Kontrollmechanismen für die Umsetzung von FPIC-Standards hatte zur Folge, dass indigene Gemeinschaften in Westpapua zunehmend von Armut bedroht sind. Die Präsenz von multinationalen und indonesischen Holz-, Bergbau- und Gasunternehmen zwingt indigene Gruppen dazu, ihr Land aufzugeben.

Im Jahr 2012 traf das indonesische Verfassungsgericht (Mahkamah Konstitusi) ein wichtiges Urteil über die Nutzung von Land und Ressourcen. Gemäß dem Urteil Nr. 35 / PUU-X / 2012 (MK35) sind Wälder, die von indigenen Gemeinschaften beansprucht werden, nicht Teil des Staatsforstes. Dennoch unterliegen solche Waldflächen staatlicher Kontrolle. Die Entscheidung betont die rechtliche Anerkennung indigener Gemeinschaften und den kollektiven Landbesitz indigener Gruppen in Indonesien. Vor der Entscheidung hatten staatlichen Institutionen das Rechte indigener Völker auf gemeinschaftliche Waldflächen gänzlich ignoriert und die Nutzung solcher Waldflächen mit dem Gesetz Nr. 41 von 1999 über die Forstwirtschaft gerechtfertigt. Das Urteil des Verfassungsgerichts beurteilte die diskriminierende Wahrnehmung

hinsichtlich der Landbesitzrechte indigener Völker im Forstgesetz als Missachtung der Rechte der indigenen Bevölkerung in Indonesien. Trotzdem bleiben staatliche Willkür und die undurchsichtige Genehmigung von Konzessionen für Privatunternehmen die Hauptgründe für Verletzung der Rechte indigener Völker in Westpapua.

Das Sonderautonomiegesezt sollte indigenen Gemeinschaften in den Provinzen Papua und Papua Barat mehr „Rechtsraum“ bieten. Die Provinzregierung von Papua verabschiedete deshalb die örtliche Regelung (Perdatus) Nr. 22/2008 über den Schutz und die Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen von indigenen Gemeinschaften, welche indigene Gruppen in Westpapua als legitime Eigentümer ihrer natürlichen Ressourcen anerkennt. Dementsprechend haben indigene Gemeinschaften das Recht, über deren Nutzung frei zu entscheiden. In der Realität konnte die Regelung jedoch nicht umgesetzt werden, da die Polizei und das Militär in Westpapua oft auf der Seite von Unternehmen stehen. Durch Einschüchterung und Gewalt wird Druck auf indigene Gemeinschaften ausgeübt bis eine Zustimmung für die Nutzung von indigenem Land durch private Unternehmen und Privatinvestoren erwirkt wird.

Fallbeispiele

Fall 1: Muting, Landkreis Merauke

Die Errichtung von Palmölplantagen im Distrikt Muting im Landkreis Merauke hatte schwerwiegende Auswirkungen auf das Leben der lokal ansässigen indigenen Bevölkerung. Seit 2012 haben sechs Palmöl Unternehmen² begonnen, Wälder für ihre Plantagen abzuholzen. Im Februar 2015 errichteten die Mitglieder des Mahuze-Clans eine Blockade – genannt *sasi* -

2 PT Bio Inti Agrindo (Daewoo International Corporation), PT Berkas Cipta Abadi and PT Papua Agro Lestari (Korindo Group), PT Agriprima Cipta Persada und PT Agrinusa Persada Mulia (AMS Ganda Group) und PT Internusa Jaya Sejahtera (Indonusa Agromulia Group)



„Das Land der Mahuze ist nicht für Palmöl bestimmt“ (Quelle: UCANews)

wie es nach indigenem Recht üblich ist. Mit der Blockade kommuniziert der Clan, dass die Nutzung des Landes und der darauf befindlichen Ressourcen durch Unternehmen untersagt ist. Die Errichtung solcher *sasi* ist in vielen Kulturen Papuas und Malukus verbreitet - die Blockade zu zerstören oder zu missachten gilt als Tabu. Trotzdem zerstörte PT Agriprima Cipta Persada, eines der Unternehmen, das Anfang 2015 mit der Abholzung in diesem Gebiet begann, die Sasi-Marker um den Ausbau seiner Plantage voranzutreiben.³

Am 5. August 2016 errichteten Mitglieder des Mandobo Stammes aus den Dörfern Subur, Aiwat, Naga und Selil in der Umgebung von Muting eine *sasi* Blockade auf einem Stück Land welches die verschiedene Mandobo Clans als ihr Stammesland beanspruchen. Das Unternehmen hatte zuvor nur mit Clans des Marind Stammes verhandelt und die Mandobo Clans nicht in die Verhandlungen miteinbezogen. Die Arbeiter des Unternehmens kamen daraufhin in Begleitung von einem Kommandanten der militärische Spezialeinheit Kopassus, drei Soldaten und

einer Gruppe von Marind Männern zu der Blockade. Als ein hitziger Streit zwischen den Konfliktparteien entbrannte, nahm ein Mandobo Mann namens Linus Omba einen Stock mit einer indonesischen Flagge, rammt diese in den Boden und sagte „Lasst uns unter der Indonesischen Fahne versammeln. Wenn ihr uns erschießt, dann schon unter der indonesischen Flagge“.⁴ Daraufhin zogen die Soldaten den Stock aus dem Boden und schossen mehrfach in die Luft und vor die Füße der Mandobo Männer. Danach schlugen die Soldaten den Leiter des indigenen Verbandes (LMA) Wambon Tekamerop Yosep Omba auf den Kopf. Gabriel Wauk und zwei Männer aus der benachbarten Region Tanah Merah wurden ebenfalls geschlagen. Als Titus Kambutengga mit seinem Mobiltelefon Fotos machen wollte, nahmen die Soldaten ihm das Telefon weg und zerschmetterten es auf dem Boden. Die Soldaten zwangen die Männer ins Auto zu steigen. Sie richteten ihre Schusswaffen auf den Fahrer und schrien ihn an „Fahr los oder du bist tot!“⁵.

3 E-dokument: <http://pusaka.or.id/pt-acp-menggusur-tanah-hutanadat-marga-mahuze-besar-secara-paksa/>

4 Indonesischer Wortlaut: *“Mari kita kumpul di bawah bendera Indonesia. Jika kita ditembak mati, biar di bawah bendera Indonesia”*

5 Indonesischer Wortlaut: *“Jalan atau mati”*

Im Distrikt Muting herrscht eine schwere Militärpräsenz, da sich die Region nicht weit von der Grenze zu Papua Neuguinea befindet. Es wurde wiederholt berichtet, dass Kopassus Mitglieder als Sicherheitsdienst für Privatunternehmen –inklusive der Firma PT Agriprima Cipta Persada– arbeiten.⁶ Am 16. Juli 2016 kamen Mitglieder des örtlichen Militärkommandos nach Muting und suchten nach dem Oberhaupt des Mahuze Clans, Agustinus Dayo Mahuze. Die Soldaten teilten ihm mit, dass die Militärgenossenschaft Kartika Setya Jaya⁷ ein Stück Land des Mahuze Clans für den Anbau von Palmöl nutzen wolle - das Land befand sich auf der Plantage von PT Agriprima Cipta Persada. Die Soldaten merkten an, dass das Unternehmen dem Clan eine Entschädigung für Feldfrüchte zahlen werde, welche Mitglieder des Mahuze Clans in der Nähe gepflanzt hatten. Agustinus Mahuze interpretierte den Besuch als der Soldaten Einschüchterungsversuch, insbesondere, weil er zuvor mehrfach von Mitgliedern des Militärs bedroht worden war.⁸

Fall 2: Landkreis Süd-Sorong

Im Landkreis Süd-Sorong haben zwei neue Palmölplantagen unter der Leitung von Tochterunternehmen der Austindo Nusantara Jaya Gruppe (ANJ Group) zu Konflikten zwischen indigenen Lokalgemeinschaften geführt. Zwischen Februar und Mai 2015 veranstalteten Angehörige des Iwaro Stammes eine Reihe von Protesten in den Städten Teminabuan und Sorong und errichteten *sasi* Blockaden auf ihrem Land. Grund für

die Proteste waren Geldbeträge welche die Unternehmen nur an fünf von sieben Clans ausgezahlt hatten. Die beiden Clans, welche ebenfalls einen Anspruch auf das gepachtete Land erhoben, gaben zudem an, nicht über das Projekt in Kenntnis gesetzt sowie von jeglichen Verhandlungen ausgeschlossen worden zu sein.⁹ Die betroffenen indigene Gemeinschaften forderten deshalb eine Kompensationszahlung und verlangten den Abzug von Polizei und Militär aus ihrem Stammesgebiet.

Bei einer Demonstration in Sorong am 15. Mai 2015 verhaftete die Polizei mehrere Dutzend indigene Demonstranten.¹⁰ Die Mehrzahl der Demonstranten wurde am nächsten Tag freigelassen, während Obet Korie und Odi Aitago eine Strafanzeige wegen Vandalismus erhielten und auf der Polizeistation in Sorong in Untersuchungshaft genommen wurden. Beide wurden später zu Freiheitsstrafen von sieben bzw. fünf Monaten verurteilt.¹¹

In einem weiteren Fall, der sich im Dezember 2014 auf der Plantage von PT Putera Manunggal Perkasa abspielte, wurden zwei offizielle Vertreter des Kokodo-Unterbezirks namens Ayub Aume und Daud Duge festgenommen. Die beiden Männer wurden wegen Körperverletzung angeklagt und in Polizeigewahrsam genommen. Sie blieben für neun Monate auf der Polizeistation in Sorong in Untersuchungshaft, bis das Gerichtsverfahren begann.¹² Nichtregierungsorganisationen behaupteten, die Polizeibeamten hätten sich bei den vorhergehenden Landstreitigkeiten nicht neutral verhalten, sondern lediglich die

6 The Mahuzes, Film von Watchdoc, Internetquelle: <https://www.youtube.com/watch?v=Pch7efib8qo>

7 Diese Genossenschaft ist ein Privatunternehmen, das von Mitglieder des Militärs geleitet wird. Während der Diktatur unter Präsident Suharto war es dem Militär erlaubt, Handel zu treiben. Im Jahr 2014 erließ die indonesische Regierung Gesetz 34/2004 welches besagte, dass das Militär innerhalb von 5 Jahren sämtliche Unternehmen und Handelsaktivitäten an den Staat übergeben müsse. Der ehemalige Militär General und Präsident Susilo Bambang Yudhoyono verabschiedete eine Reihe von Verordnungen, die es dem Militär ermöglichte, weiterhin Handel zu treiben, wenn dieser durch Privatunternehmen oder Stiftungen geregelt ist

8 E-dokument: <https://awasmifee.potager.org/?p=1440>

9 E-dokument: <http://pusaka.or.id/warga-kampung-sagamasih-palang-jalan-pt-ppm/> (englische Übersetzung <https://awasmifee.potager.org/?p=1162>)

10 E-dokument: <http://pusaka.or.id/demo-pt-ppm-warga-menuntutkeadilan-ditahan-polresta-sorong/>

11 E-dokument: <http://pusaka.or.id/dalam-waktu-9-bulan-4-wargajadi-korban-kriminalisasi-dari-lahan-perkebunan-sawit-anj/>

12 E-dokument: <http://pusaka.or.id/dalam-waktu-9-bulan-4-wargajadi-korban-kriminalisasi-dari-lahan-perkebunan-sawit-anj/>

Interessen des Unternehmens vertreten. Die Verhaftung von Personen zur Wahrung von Interessen von Privatunternehmen stelle einen schweren Missbrauch staatlicher Autorität dar.

Empfehlungen der ICP:

- Stärkung von existierenden Gesetzen und deren Umsetzung, insbesondere solcher, die die freie Meinungsäußerung als Teil der Verfassung und des Sonderautonomiegesetzes garantieren.
- Einführung von FPIC-Standards in nationale Regelungen sowie die Schaffung von Mechanismen welche die Einhaltung der Standards kontrollieren und eine strafrechtliche Verfolgung der Unternehmen ermöglichen, welche FPIC-Grundsätze missachten.
- Verbesserung von Genehmigungsverfahren für Agrar-, Holz- und Bergbauunternehmen, um indigene Minderheiten in Westpapua und deren Recht auf Nahrung und Selbstbestimmung über deren Land und Ressourcen zu gewährleisten
- Überprüfung groß angelegter Projekte in den Bereichen Landwirtschaft, Bergbau und Holzproduktion, welche die Zerstörung von Wäldern und der Kultur indigener Völker zur Folge haben.
- Besuch durch den UN-Sonderberichterstatter für die Rechte indigener Völker, um die Lage in Westpapua zu bewerten und eine umfassende Studie über die Auswirkungen von großen Entwicklungsprojekten auf die Rechte indigener Völker durchzuführen.
- Aufforderung an Unternehmen, das Urteil des Verfassungsgerichts Nr. 35 / PUU-X / 2012 über die Anerkennung von Gemeinschaftswald zu respektieren und FPIC-Standards gemäß den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte einzuhalten.
- Entwicklung neuer partizipativer Ansätze für die Erhebung von Daten und die Schaffung neuer Konfliktlösungsansätze unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure.
- Anerkennung der kulturellen Identität indigener Papuas als Melanesier. Der Staat sollte sicherstellen, dass indigene Papuas ihre kulturelle Identität frei zum Ausdruck bringen und sich mit anderen melanesischen Völkern auf der Grundlage ihrer Ähnlichkeiten und gemeinsamen Identitäten sowie ihres Rechts auf Selbstbestimmung organisieren können.
- Einhaltung von Prinzipien, welche in der UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker verankerten sind.

Ohne Landrechte kein Umweltschutz

Wie Naturschutzgebiete zur Gefahr für indigene Völker werden können

Ein Kommentar von Bernardus Steni und Daniel Nepstad

In globalen Strategieszenarien werden große Flächen intakter Tropenwälder eine wichtige Rolle spielen, um einen katastrophalen Klimawandel zu verhindern und die Biodiversität zu erhalten. In diesem Zusammenhang stehen die ausgedehnten Wälder der Provinzen Papua und West-Papua in Indonesien verstärkt im Fokus internationaler Naturschutzbemühungen. Dieser neue Aufschwung in Sachen Naturschutz in den Provinzen birgt aber auch viele Risiken. Die Fehler der Vergangenheit könnten wiederholt werden, durch die einheimische Papua ihres Landes beraubt und enteignet wurden. Basierend auf unseren laufenden kooperativen angewandten Forschungsprojekten in der Provinz, die 2013 begonnen haben, stellen wir kurz die Herausforderungen der Erhaltung, Erschließung und Anerkennung der Landrechte der indigenen Bevölkerung in West-Papua vor.

Die Provinz West-Papua wurde 2003 gegründet, indem die zuvor als Papua bekannte östlichste indonesische Provinz in zwei Provinzen aufgeteilt wurde. Von 9,7 Millionen Hektar der Gesamtfläche West-Papua in der Vogelkopregion sind mehr als 90 Prozent Waldfläche, also 8,9 Millionen Hektar (Abbildung 1). Diese Zahl umfasst die gesamte Waldfläche sowohl in staatlichen Wäldern als auch in Nichtwaldgebieten. Als eine der jüngsten Provinzen in Indonesien steht West-Papua unter dem Druck, ihre sozioökonomische Entwicklung zu beschleunigen. Die Armutsquote

ist hoch, wenn auch rückläufig; im Jahr 2016 existierte ein Viertel der in West Papua lebenden Bevölkerung (ca. 225.800 Einwohner) unter der regionalen Armutsgrenze.¹ Die ländlichen Gebiete in West-Papua, die überwiegend von indigenen Papuas bewohnt werden, sind ärmer als städtische Gebiete. Trotz ihrer ungünstigen sozioökonomischen Entwicklung, ist West-Papua gleichzeitig jedoch eine der wenigen Provinzen mit ausgedehnten ursprünglichen Wäldern.

Aufgrund der biologischen Vielfalt der Provinz sowie ihres hohen Waldanteils haben sich Organisationen der Zivilgesellschaft und internationale Naturschutzorganisationen dafür ausgesprochen, dass die Regierung die Provinz zu einer Naturschutzprovinz erklärt. Die Provinzregierung kam dieser Bitte 2015 nach und erarbeitete für die schutzwürdige Region, die jetzt „Provinz für nachhaltige Entwicklung“ heißt, unterstützende Gesetzesgrundlagen.

Die Ausweisung West-Papuas als Naturschutzgebiet birgt viele Gefährdungen. Die Provinz ist reich, was ihre Natur betrifft, hat aber auch eine der höchsten Armutsraten in Indonesien. Indonesische Planungsprozesse haben den gewohnheitsrechtlichen Besitz von Land oder Waldzonen in der Vergangenheit nicht formal anerkannt. Durch die Definition von Gebieten als „Wälder“ fallen sie in die Zuständigkeit des Ministeriums für Umwelt und Forstwirtschaft, während „Schutzgebiete“

¹ Das staatliche Amt für Statistik legte die Armutsgrenze 2017 bei 475.000 indonesische Rupiah (etwa 29 Euro) pro Monat fest.

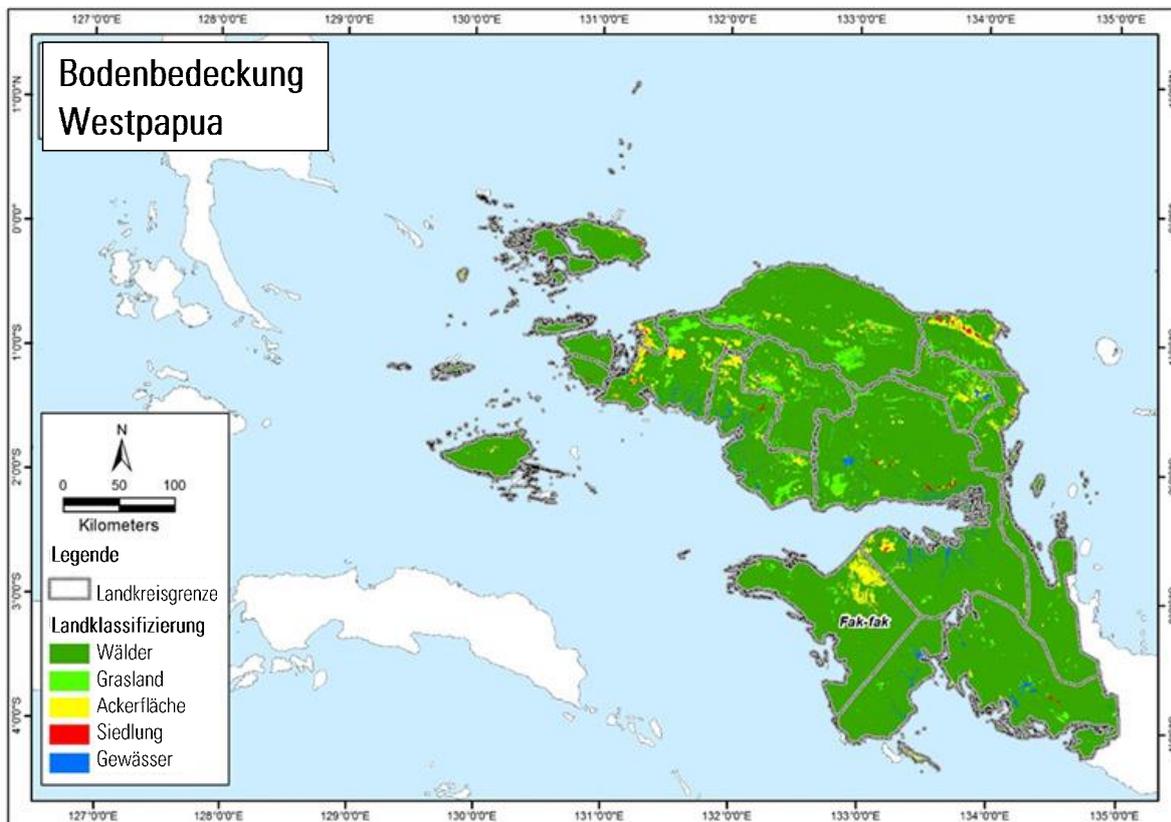


Abbildung 1: Landbedeckung in der Provinz West-Papua im Jahr 2016, basierend auf Daten des Ministeriums für Umwelt und Forstwirtschaft (Quelle: mongabay.com)

von der Zentralregierung verwaltet werden. Nach indonesischem Recht gibt es verschiedene Arten von Naturschutzgebieten, darunter Nationalparks, Schutzgebiete für Wildtiere und Jagdparks. In den Kerngebieten der Nationalparks und Schutzgebiete ist keine Landnutzung zulässig. Die Errichtung von „Schutzgebieten“ in Indonesien hat historisch zu einer erheblichen Verdrängung der indigenen Völker aus deren bisherigen Lebensräumen geführt, wodurch ihr Zugang zu Land und ihren natürlichen Lebensgrundlagen mindestens eingeschränkt wurde.

Die Provinzregierung von West-Papua hat mit Unterstützung des Papua-Volksrates (Majelis Rakyat Papua) und durch Organisationen der Zivilgesellschaft einen Entwurf für eine Provinzverordnung über die Anerkennung der gewohnheitsmäßigen Landrechte entwickelt. Die Verordnung stützt sich auf den Impuls einer Entscheidung des indonesischen

Verfassungsgerichts aus dem Jahr 2012 (35 / PUU-X / 2012), in der die Rechte indigener Gruppen auf Land innerhalb des indonesischen Waldgebiets anerkannt wurden.

Gegenwärtig besteht Unsicherheit darüber, ob und wie sich die Verordnungsentwürfe für nachhaltige Entwicklung und die indigenen Landrechte gegenseitig beeinflussen, sobald sie umgesetzt werden.

Parallel zu diesen Initiativen konzentriert sich die Verwaltung von Präsident Joko ‚Jokowi‘ Widodo, der seit 2015 im Amt ist, auf die Armutsbekämpfung in Indonesien, wobei der indonesische Teil der Insel Neuguinea besonders im Mittelpunkt steht. Das Hauptelement von Jokowi's Politik besteht darin, die Ausgaben für die Infrastrukturentwicklung zu erhöhen und die landwirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Zuvor abgelegene und unzugängliche Gebiete Papuas erhalten endlich Zugang zu Straßen und Elektrizität, wodurch sich auch die Möglichkeit

der Teilnahme an Märkten etc. erhöht.

Können diese drei politischen Initiativen – für den Naturschutz, die Entwicklung und die Anerkennung indigener Landrechte – so in Einklang gebracht werden, dass sowohl indigene Papua als auch die Umwelt davon profitieren? Basierend auf unserer Forschung in der Provinz West-Papua, die seit 2013 im Rahmen verschiedener Initiativen durchgeführt wird, werden einige Herausforderungen für eine ausgewogene Lösung deutlich:

- es gibt einen systematischen Mangel an räumlichen und sozioökonomischen Daten zu West-Papua, insbesondere den Landbesitz betreffend;
- die Märkte für von Papuas erzeugte Rohstoffe sind begrenzt, die Preise zu niedrig und es fehlen Industriezweige, die die Ernteerträge weiter verarbeiten könnten
- Raumplanung und Landzuteilungsprozesse berücksichtigen die Rechte und Vorteilsvergabe an indigene Gemeinschaften unzureichend

Diese Herausforderungen sind alle im Bezirk Fakfak im zentralwestlichen Teil der Provinz deutlich zu erkennen (Abbildung 1). Fakfak liegt östlich der Maluku-Inseln auf der neuguineischen

Hauptinsel. Die Region ist -insbesondere wegen seiner lokalen Muskatnuss-Sorte- seit langem im Gewürzhandel tätig; Muskatnuss und Muskatblüten werden weltweit für kulinarische Zwecke verwendet sowie zu ätherischen Ölen und Oleoresin weiterverarbeitet. Obwohl Indonesien seit über tausend Jahren das Zentrum der Muskatnussproduktion ist, ist das volle Potenzial des Muskatnussmarktes noch nicht ausgeschöpft. Eine der wichtigsten unterbewerteten Muskatnussarten ist die Papuanische Muskatnuss (*Myristica argentea* Warb) oder lokal als *Pala Tomandin* bekannt. Sie wird kommerziell hauptsächlich im Bezirk Fakfak in West-Papua angebaut; ein weiterer Produktionsschwerpunkt liegt in Kaimana. Muskatnuss wird in Wild- und Halbwildwäldern, die nach dem Gewohnheitsrecht im Besitz der indigenen Bevölkerung sind und von diesen verwaltet werden, von einheimischen Landwirten angebaut. Obwohl 2014 *Pala Tomandin* als besondere regionale Gewürzsorte und mit geografischer Angabe registriert wurde, bleiben Nachfrage und Preis für die Papuanische Muskatnuss niedrig. Muskatnussbauern sind daher häufig zur Sicherung ihrer Lebensgrundlagen auf mehrere Einnahmequellen wie Fischerei und Algenanbau oder den Anbau anderer Pflanzensorten (Tabelle 1).

Hauptwirtschaftsaktivitäten und Treiber des Waldverlustes und der Waldschäden im Distrikt Fakfak, Westpapua

Hauptrohstoffe 2016	Muskatnuss	6.779 ha	Palmöl	3.200 ha	
	Kokosnuss	327 ha	Seetang	85.775 Tonnen	
Verursacher von Abholzung	Zeitraum	Abholzung (in ha)	Orte der Abholzung		
			Holzschlagkonzessionen	Palmölkonzessionen	Außerhalb
	1990 bis 2000	4.488	21%	0%	79%
	2000 bis 2010	877	89%	0%	11%
	2010 bis 2016	19.762	69%	5%	26%
Verursacher von Waldschädigungen	Zeitraum	Schädigung (in ha)	Orte der		
			Holzschlagkonzessionen	Palmölkonzessionen	Außerhalb
	1990 bis 2000	58.288	65%	6%	29%
	2000 bis 2010	262.402	78%	0%	22%
	2010 bis 2016	38.255	45%	1%	54%

Nach Angaben des Ministeriums für Umwelt und Forstwirtschaft war die Entwaldung im Bezirk Fakfak bisher relativ gering, obwohl im Zeitraum 2010 bis 2016 ein Anstieg im Zusammenhang mit neuen Erteilungen für Forst- und Ölpalmkonzession zu verzeichnen war (Abbildung 2). Konzessionen, bei denen Holzverarbeitungsunternehmen, die nicht im Besitz lokaler Gemeinden sind, Holz gewinnen, sind nach wie vor die Hauptursache für die Abholzung der Wälder, eine Tendenz, die zugenommen hat. Waldschädigungen, d.h. die Umwandlung von Primärwäldern in Sekundärwälder, wurden im Zeitraum 2000 bis 2010 vor allem durch Forstkonzessionen verursacht und haben sich drastisch erhöht. Die Degradationsrate der Wälder ging nach diesem Zeitraum erheblich zurück, wobei der größte Teil der Schädigungen nunmehr außerhalb von Forstkonzessionen auftrat. Derzeit erhalten indigene Landbesitzer Ausgleichszahlungen für von den Konzessionären geerntetes Holz, wobei die Höhe und Verteilung der Zahlungen oder Leistungen variieren kann. In unseren Fallstudien im Bezirk Fakfak haben ortsansässige Menschen lokalisierte Prozesse der demografischen Expansion und den zunehmenden finanziellen Druck, wie z. B. die Kosten für die Sekundar- und Hochschulbildung für ihre Kinder, als Ursachen für die Expandierung in primäre Waldgebiete geschildert.

Der Fall Fakfak zeigt die Komplexität der verflochtenen Herausforderungen von Armut, indigenen Landrechten und Naturschutz. Die Anerkennung einheimischer Landrechte sollte Vorrang haben, um sowohl soziale Gerechtigkeit als auch Umweltschutz zu entwickeln. Im Amazonasgebiet beispielsweise wird die Entwaldung aufgrund der formalen Anerkennung indigener Territorien und Definition von Schutzgebiete gehemmt. Die Anerkennung von Landrechten erfordert Karten, die die Grenzen der indigenen Gebiete zeigen. Es gibt jedoch soziale Tabus, wenn diese Grenzen festgesetzt werden, da historische Grenzen zwischen verschiedenen Stämmen und Clans durch Kriege und Konflikte entstanden



Westpapua ist die Heimat von Arten wie dem Kakadu (*cacatua galerita*). (Foto: Rhett A. Butler/Mongabay)

sind. Wenn keine geeigneten und legitimen Vermittlungsprozesse vorhanden sind, kann das Festlegen von Grenzen diese Konflikte neu entfachen. Mechanismen und Institutionen der Konfliktvermittlung sind nicht ausreichend vorhanden, jedoch stehen andere Methoden zur Abgrenzung des Eigentums von indigenem Land zur Verfügung. INOBU[□] hat zusammen mit AKAPE, einer Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Fakfak, Landkartierung basierend auf tatsächlicher Landnutzung anstelle von Gewohnheitsrechten versucht, insbesondere mit Muskatnusswaldgärten im Bezirk Fakfak. Bisher wurden 263 Landwirte und eine Gesamtfläche von 792 Hektar in 20 Dörfern erfasst. Diese Karten sollen indikative Karten für die herkömmliche Nutzung von Waldgebieten darstellen, die später als Grundlage für die Diskussion der Eigentumsrechte zwischen Clans und Stämmen sowie mit der Regierung dienen können.

Die Anerkennung der Landrechte wird nicht ausreichen, um das Problem der Entwaldung und der Waldzerstörung zu lösen, auch wenn dies wichtig und hilfreich ist. Die Verbesserung des Wertes und der Märkte für lokal wichtige Waldrohstoffe ist von entscheidender Bedeutung. In Fakfak haben wir daran gearbeitet, die



Waldgebiet in der Provinz West-Papua (Foto: Rhett A Butler/Mongabay)

Märkte und den Wert der papuanischen Muskatnuss zu verbessern und gleichzeitig den alternativen Lebensunterhalt zu stärken, um den wirtschaftlichen Druck auf die indigenen papuanischen Haushalte zu mindern. Wir haben mit Muskatnuss-Exporteuren zusammengearbeitet, um sicherzustellen, dass das Produkt die auf internationalen Märkten geforderten Standards erfüllt. Wir haben auch mit einem indonesischen Kosmetikunternehmen zusammengearbeitet, um die Entwicklung lokaler Industrien für verarbeitete Muskatnussprodukte zu unterstützen. All diese Initiativen sollten wiederum durch die Stärkung der gewohnheitsrechtlichen Institutionen zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Waldressourcen ausgeglichen werden. Schließlich soll eine Multi-Stakeholder-Plattform auf Distriktebene die nachhaltige Produktion von Muskatnuss im Fakfak-Distrikt sicherstellen.

Die Lektionen aus Fakfak können in der Provinz West-Papua allgemein angewandt werden.

Wir schlagen vor, dass die Anerkennung der Land- und Ressourcenrechte indigener Papuas die unmittelbare Priorität der Provinzregierung, der Geber, der Schutz- und Entwicklungsorganisationen sein sollte. Die Erhaltung sollte aus dieser Sicht der Stärkung der indigenen Systeme und Institutionen, einschließlich der Dorfverwaltungen (*Kampung*), für das Umweltmanagement und nicht durch die Erweiterung von Schutzgebieten betrachtet werden. Die Anerkennung indigener Land- und Ressourcenrechte sollte jedoch nicht dazu führen, dass sich ihre Rechte entsprechend ihren eigenen Zielen entwickeln. Vielmehr sollten indigene Gruppen durch Initiativen unterstützt werden, die ihnen dabei helfen, rentable und nachhaltige Industrien aufzubauen sowie den Zugang zu Gesundheit und Bildung zu fördern. Ein wesentlicher Teil davon sollte die Entwicklung wirtschaftlicher Alternativen für indigene Völker sein, die den Wert von bestehenden, gut bewirtschafteten Wäldern

erhöhen. Strikter Umweltschutz sollte, falls erforderlich, durch angemessene finanzielle und andere Anreize unterstützt und die Zahlungen oder Leistungen angemessen verteilt werden. Vor der Errichtung oder Ausweitung von Schutzgebieten sollten die Regierungen auch die potenziellen Auswirkungen auf die indigenen Völker prüfen, einschließlich der Frage, wie sie zu den Zielen der Armutsreduzierung oder zu deren Beeinträchtigung beitragen oder die Wahrscheinlichkeit künftiger Konflikte verringert werden können.

Die von der Jokowi-Regierung vorgeschlagenen Investitionen in die Infrastruktur könnten dazu beitragen, die Wirtschaftlichkeit neuer in der Gemeinschaft ansässiger Unternehmen in West-Papua zu verbessern, wenn sie unter Beteiligung

lokaler Akteure, insbesondere indigener Gemeinschaften, konzipiert und umgesetzt werden. Ohne effektive partizipative Planung können Investitionen wie diese dazu führen, dass die Ressourcen in einem offenen Kampf zwischen Akteuren ausgeschlachtet werden.

Die Ziele sowohl der sozialen Gerechtigkeit als auch des Naturschutzes werden am besten durch die Anerkennung der Landrechte sowie die Entwicklung wirtschaftlicher Alternativen für Waldgemeinschaften erreicht, die ihren Lebensunterhalt durch die Aufwertung ihres Waldes erhöhen. In erster Linie müssen die indigenen Völker West-Papuas einen prominenten Sitz am Tisch haben, wenn die Zukunft der Provinz geplant wird. ◆

Ein Leben für die Freiheit

Teil II des Interviews mit Rex Rumakiek

von Jim Elmslie

Studium und Arbeit im Ausland

Ich ging zum Studium nach Malaysia an das Mara Institute of Technology in Kuala Lumpur. Der Kurs hieß: *Organizing for Power*. Für die Teilnehmer wurde preiswerte Unterbringung angeboten. Von Malaysia aus besuchte ich an einem Wochenende Thailand, um dort an einer großen Demonstration gegen die Regierung teilzunehmen. Ich wollte sehen, wie die Leute sich an der Basis organisierten und welche Taktik sie anwendeten, um machtvoll aufzutreten. Es war ausländischen Studenten verboten, an der Demo teilzunehmen. Darum gaben die Organisatoren uns Rote-Kreuz-Armbinden und wir halfen als freiwillige Rote-Kreuz-Helfer, wenn jemand ohnmächtig wurde. Wir spielten eine wichtige Rolle für die Kommunikation, denn die Demonstranten saßen auf dem Boden, während wir herumlaufen durften. Wir konnten Nachrichten weitergeben und das Essen verteilen, das die lokale Bevölkerung zur Verfügung stellte. Der Streik war erfolgreich und führte zum Rücktritt der Militärregierung und ebnete den Weg zu Wahlen. Wir nahmen daran teil, weil wir ihre Taktik lernen wollten, wenn man erfolgreich demonstrieren möchte.

Auf den Philippinen bot die Regierung ein praktisches Studienprogramm in Zusammenarbeit mit dem *International Institute for Rural Construction* an. Dort konnte man lernen, wie sich lokale Gemeinschaften organisieren können, um ihre sozialen Dienste (Gesundheit, Bildung, wirtschaftliche Entwicklung) selbst aufzubauen und zu

verbessern, statt auf die Regierung zu warten. Ich blieb dort sechs Monate und kehrte rechtzeitig zu den Unabhängigkeitsfeiern nach Papua New Guinea zurück, die am 16. September 1975 stattfanden.

Als die Unabhängigkeit von Papua New Guinea (PNG) bevorstand, bat mich Brian Amini, mit einer Gruppe von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst ins Hochland zu gehen und der Bevölkerung zu erklären, was Unabhängigkeit bedeutet. Amini kannte mich von meiner Arbeit mit einer Gruppe für Dorfentwicklung. Einige Leute fragten, warum sie unabhängig werden sollten, da sie doch schon alles hätten, was sie brauchten. Eine lustige Geschichte erlebte ich, als wir einmal mit der Bevölkerung über Unabhängigkeit, ‚*independence*‘, diskutierten. Ein Häuptling stand auf und fragte: „Was sind das für ‚*underpants*‘, über die ihr da redet?“ Alles lachte, und eine Frau stand auf, zeigte die Spitze ihrer Unterhose und sagte: „Dies sind *underpants*.“ Darauf der Häuptling: „*Underpants*. Ich mag sie!“

Meine Hauptaufgabe in Papua New Guinea war, ein internationales Netzwerk für Westpapua zu organisieren. Ich begann mit den Kirchen im Pazifik. Mein Ziel waren zunächst die Konferenzen, die jährlichen Treffen der Kirchen, die Treffen des Rates der Kirchen im Pazifik und die Programme des Weltkirchenrates, insbesondere die Programme zu Kirche und Gesellschaft. Ich versuchte immer wieder, Westpapua auf die Tagesordnung zu setzen. Auf die Weise wurde ich bei Zusammenkünften

im Pazifik häufig eingeladen. Diese Arbeit tat ich von 1971 an. Nebenher studierte ich an der Universität von PNG. Ich konnte viele Freundschaften schließen mit Leuten von Vanuatu, Kanaky und Studenten von Samoa, die später in ihren Heimatländern Minister und sogar Premierminister wurden. So konnte ich langsam ein Netzwerk zu Westpapua aufbauen.

Ich hatte eine Anstellung bei der *Port Moresby Community Development Group*, die von Akademikern gegründet worden war. Brot für die Welt in Deutschland finanzierte die Arbeit dieser Gruppe. Weitere Gelder kamen aus Australien von der *Community Aid Abroad* (Melbourne) und aus Frankreich. Auch ICCO in Holland und andere Organisationen finanzierten die Programme unserer Gruppe. Wir führten Ausbildungsmaßnahmen in ländlichen Regionen in PNG durch. Einige unserer Mitarbeiter wurden später auch Minister in der Regierung. Diese Arbeit und die Begegnungen und Treffen halfen mir sehr beim Aufbau eines Netzwerks für Westpapua. Ich hatte Gelegenheit, viele Menschen aus anderen Ländern des Pazifiks kennen zu lernen. Wir konzentrierten unsere Arbeit auf Landrechte. Immer wieder versuchte ich, Westpapua ins Gespräch zu bringen. Oft konnte ich über die Situation dort informieren.

Ich lebte in Port Moresby (1977), der Hauptstadt von PNG. Im Jahr 1976 hatte es einen Konflikt zwischen Prai und Rumkorem gegeben. Sie hatten eine provisorische Exilregierung gegründet und hatten gute Kontakte zu einigen afrikanischen Ländern, die sich für Westpapua interessierten. Die Exilregierung unterhielt eine offizielle Botschaft im Senegal, doch sie wurde degradiert zu einem Informationsbüro. Das war eine Folge des Konfliktes zwischen Prai und Rumkorem, die Exilregierung funktionierte nicht mehr. Schon am 1. Juli 1971 hatten sie im Camp Victoria, dem Hauptquartier der OPM in der Nähe der Grenze zu Westpapua, die Unabhängigkeit Westpapas erklärt. Damals

lebte ich schon in Port Moresby. Eines Tages kam ein Nigerianer nach Port Moresby, im Auftrag einiger afrikanischer Staaten wollte er sich über die Exilregierung informieren. Er wohnte drei Tage bei mir, dann half ich ihm ins Camp Victoria zu fahren, damit er sich selbst ein Bild machen konnte. Er sollte die Regierungen der afrikanischen Länder, die ihn entsandt hatten, über die Situation informieren. Das war der Grund für den Konflikt zwischen Prai und Rumkorem. Ich glaube, er kam von Nigeria, die Art und Weise, wie er sprach, ich habe ihn nicht gefragt, aber ich denke, er kam von Nigeria, er war schwarz. Er sollte herausfinden, ob es wirklich eine Exilregierung gab, wie sie behaupteten, mit einem Kongress, ob die Regierung wirklich funktioniert, ob sie Programme durchführt, ob sie Kontrolle über die Lage hat. Einige afrikanische Länder wollten das genau wissen. Darum hatten sie ihn nach PNG gesandt. Er war sehr zufrieden mit dem, was er im Dschungel gesehen hatte. Er sagte: "Es stimmt wirklich, ich habe selbst gesehen, dass dort alles funktioniert. Der Kongress tritt regelmäßig zusammen, das Kabinett hat Sitzungen, es gibt Soldaten und Polizei. Die Ausbildungsprogramme laufen gut."

Zu dem Zeitpunkt erwartete man einen Strom von Flüchtlingen. Es war geplant, dass einige Soldaten der indonesischen Armee¹ die Sicherheit der Menschen gewährleisten sollten, die in die befreite Zone übersiedeln wollten. Zu dem Zeitpunkt begann Indonesien das ganze Gebiet zu bombardieren. Tausende Dörfer und Gärten wurden zerstört.

1979 nahm ich an einer großen Konferenz auf den Salomonen teil, außerhalb von Honiara, der Ort hieß Kohimarama, wir tagten in den Gebäuden eines anglikanischen Seminars. Es war die erste Konferenz, auf der die Bewegung für einen nuklearfreien und unabhängigen Pazifik (*NFIP = Nuclear Free and Independent Pacific*) entstand. Die Führer aller pazifischen Staaten

¹ Anmerkung des Übersetzers: gemeint sind wahrscheinlich desertierte Papuas aus der indonesischen Armee

und die Aktivisten für die Unabhängigkeit von Kanaky and Tahiti waren anwesend. Hier besprachen wir erstmals die Gründung eines Pazifik-weiten Netzwerks. Das war 1979 in Kohimarama. Zu der Zeit hatte ich gerade ein Treffen mit den Leitern und Kommandeuren unserer Bewegung in PNG organisiert. Das Treffen fand statt, als ich unterwegs nach Honiara war. Sie informierten mich über Telefon. Sie hatten sich schon mehrmals in Wewak (PNG) getroffen und Informationen ausgetauscht. Als ich noch im Dschungel war, hatten wir bereits Kontakte zu den Militärs von PNG und Australien und tauschten Informationen aus. Die Armeeführungen von PNG und Australien benötigten Informationen über die indonesischen

Truppenbewegungen, die Stärke der Einheiten, ihre Strategie, die Art und Häufigkeit ihrer Patrouillen an der Grenze zu Westpapua. Das war Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre.

Dort waren viele bekannte Politiker, einer von ihnen war Bernard Narakobi. Bernard ist ein guter Freund von mir, auch sein Bruder. Somare war dort, da war er noch Ministerpräsident. Seine öffentlichen Erklärungen sind zwar gegen uns, aber persönlich hilft er uns über Mitglieder seiner Familie. Er erklärt, dass wir Christen sind, und als Christen haben wir die Pflicht, Hungrigen zu essen zu geben.

Ich besuchte einige Dörfer und kam nach Tautu, in eines der Hauptdörfer. Dort ließen sie mich ein



PNG Ministerpräsident Michael Somare, 1974 (Quelle: PNG Post Courier)



Kernwaffentest am Bikini-Atoll, 1946, eines von 67 Versuchen in diesem Gebiet (Quelle: Australian Living Peace Museum)

Schwein töten und gaben mir den Häuptlingstitel. Ich bin also der Häuptling jenes Dorfes. Das Dorf liegt auf der Hauptinsel Melakula. Dort wurde auch die Vanua'aku-Partei geboren. Die Anfänge dieser Partei waren die NFIP-Kampagnen. Daher führten wir eine Kampagne für zwei wichtige Anliegen: Für Unabhängigkeit und für einen nuklearfreien pazifischen Raum. Dies alles begann während des Treffens auf den Salomonen und richtete sich gegen Regierungen, die eigentlich noch Kolonialregierungen waren. Für diese beiden Anliegen kämpften wir. So waren diese Kampagnen der Grund für meine häufigen Ortswechsel. Wir haben die beiden Ziele unserer Kampagnen miteinander verbunden, denn natürlich gab es einen Zusammenhang. Tahiti war nicht unabhängig, daher konnte Frankreich tun, was immer es wollte. Das gleiche galt für die Marshall-Inseln, auch für Kanaky (Neukaledonien). Die Probleme lassen sich nicht trennen, sie hängen mit dem kolonialen Status des Landes zusammen.

Ich war nicht nur in Vanuatu. Ich ging auch auf die Marshall-Inseln und sprach dort überall über die gleiche Angelegenheit. Während dieser Jahre langen Kampagnen war ich überall, bis auf zwei Orte: die Osterinseln, sie waren zu weit weg, und die Pitcaim-Insel, sonst war ich

überall. Natürlich war ich nicht allein, wir waren immer eine Gruppe von mehreren Aktivisten. Für Palau gab es eine Person, sie ist heute Staatsanwalt. Ein anderer aus unserem Team ist jetzt in Hawaii, er ist Professor für Politik und Geschichte, er stammt von Tonga. Auch Yan Uregay von Kanaky gehörte dazu, wir alle führten die Kampagnen gemeinsam durch. Große Organisationen wie Brot für die Welt finanzierten unsere Arbeit, auch die *Australia Overseas Aid* gab Zuschüsse sowie einige NGOs, wie z.B. *Community Aid Abroad* und die *Swedish Peace Foundation*. Auch von Frankreich kam Geld, es waren große Organisationen, die unsere Kampagne finanzierten.

Wir hatten zunächst ein Büro in Hawaii. Alle zwei Jahre hatten wir eine Konferenz, auf der neue Strategien beschlossen wurden. Es gab die Konferenz in Honiara (Salomonen) und später eine in Apia. Dort wurde entschieden, dass wir nur eine Organisation sein sollten, eine Dachorganisation, unter der alle Bewegungen und Aktivitäten stattfinden sollten. Diese Dachorganisation wurde die NFIP. Sie existiert noch immer, die Leute arbeiten noch unter ihr an all diesen Fragen. Aber es gibt kein Büro, weil dafür kein Geld vorhanden war. Doch die Kirchen sind eingesprungen und haben eine

koordinierende Funktion übernommen. Es gab eine Konferenz in Hawaii, damals gab es noch das Büro in Hawaii. Doch von dort wurde es nach Neuseeland verlegt, und schließlich nach Fidschi. Dort wurde es integriert in das Sekretariat des *Pacific Concerns Resource Centre*.

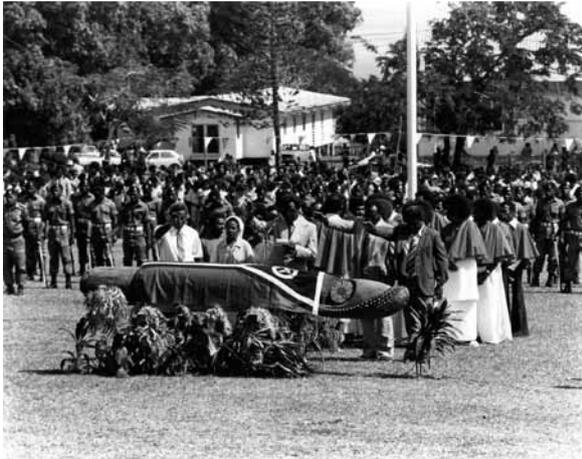
Im Jahr 1988 kam ich hierher nach Australien. Ich war schon einige Male zu Konferenzen hier gewesen, 1988 beschloss ich, ganz hier zu bleiben. Ich sollte die Bevölkerung des Pazifiks bei der Eröffnung des neu gewählten Parlaments in Canberra vertreten. Dort traf ich den Minister für *Aboriginal Affairs*, es war belustigend, ich habe das noch nie erzählt. Er fragte mich: „Was für einen Reisepass hast du? Wie kannst du durch die ganze Welt reisen? Ich bin wirklich neugierig. Du bist doch ein Flüchtling. Mit welchen Papieren kann ein Flüchtling in der Welt umher reisen?“ Ich zeigte ihm daraufhin ein Papier der Regierung von Vanuatu mit dem Briefkopf des Ministerpräsidenten von Vanuatu. „Dies ist mein Reisepass“, sagte ich.

Leben in Vanuatu

Im Jahr 1980 wurde Vanuatu unabhängig. Ich wurde damals gebeten, die Bewegung bei den Unabhängigkeitsfeiern zu vertreten. Denn die NFID umfasste eine ganze Reihe von einheimischen Unabhängigkeitsbewegungen. Seit 1970 hatten wir viel Kontakt untereinander. Damals studierte ich an der Universität von PNG und ich hatte Verbindungen zu Studenten von Vanuatu, Kanaky und Samoa. Ich kannte die politischen Führer von Vanuatu. Wir haben damals eine Übereinkunft abgeschlossen und uns gegenseitig versprochen: Wer als erster unabhängig wird, muss den andern helfen. Das war unsere Vereinbarung. Als Vanuatu dann unabhängig wurde, lud es die OPM zu den Feierlichkeiten ein. Sie luden unsern Chef Rumkorem ein, doch der war im Dschungel und konnte nicht reisen. Er bat mich, die OPM in Vanuatu zu vertreten. Von Senegal kam Ben Tanggahma, wir beide repräsentierten die OPM bei den Unabhängigkeitsfeiern.

Während dieser Feierlichkeiten in Vanuatu kamen wir mit anderen Einheimischen aus Hawaii, den Maori, den Aborigines und von Kanaky und Tahiti überein, dass wir ein Büro in Vanuatu haben sollten, und dass wir die Regierung bitten würden, das Büro zu finanzieren. Es sollte ein offizielles Büro für die einheimischen Menschen des Pazifiks sein. Alle Seiten stimmten zu. Zu dem Zeitpunkt war ich schon auf dem Rückweg nach PNG. Noch unterwegs riefen sie mich an. Sie sagten, dass sie sich einig geworden seien und dass das Büro seine Arbeit direkt aufnehmen solle; ich sei derjenige, der das Büro leiten würde. Sie hatten mich über das Außenministerium in Honiara ausfindig gemacht und teilten mir diese Information und ihre Entscheidung mit: „Wenn du zurück in PNG bist, pack deine Sachen und komm wieder nach Vanuatu. Die Regierung von Vanuatu ist einverstanden, dass wir von hier aus die Bewegung organisieren.“

So ging ich zunächst zurück nach PNG und kündigte meine derzeitige Arbeitsstelle. Ich ließ mein Motorrad zurück, mit dem ich viele Jahre gefahren war. Ich überließ es denen, mit denen ich in PNG in der Bewegung zusammen gearbeitet hatte. Die Behörden von PNG wollten mich an der Ausreise hindern. Sie hatten Sorge, weil ich dort in Vanuatu für die Bewegung arbeiten würde. Barak Sopé (später Premier Minister in Vanuatu) musste kommen und darum bitten, mich aus PNG ausreisen zu lassen. Daher gaben sie mir einen Brief als Reisepass, darin heißt es: „Die Person, die sich mit diesem Brief ausweist, hat sich im Kampf um die Unabhängigkeit Vanuatus bewährt.“ Dieser Brief ermöglichte es mir, zu reisen. Die Person, die diesen Brief ausgestellt hat, ist noch heute Botschafter hier in Australien. Er ist noch Angestellter des Außenministeriums von PNG. In dem Brief heißt es: „Die Person, die sich mit diesem Brief ausweist, hat sich im Kampf um die Unabhängigkeit Vanuatus bewährt. Die Regierung von Vanuatu ist für ihn voll verantwortlich“. So haben sie mich nach Vanuatu abgeschoben. Sie gaben mir niemals einen Pass, sie gaben mir ein Stück Papier.



Feierlichkeiten zur Unabhängigkeit Vanuatus, 30. Juli 1980 (Quelle: Vanuatu Digest)

Als ich später einmal Gerry Hand, den (australischen) Minister für *Aboriginal Affairs* traf, zeigte ich ihm den Brief. Er war überrascht und sagte: „Du solltest auf einen richtigen Pass warten. Kein einziges Land wird dir aufgrund dieses Briefes helfen“. Er machte sich lustig über mich. „Bleib in Australien, bis du einen richtigen Pass bekommst. Wenn ihr einmal unabhängig seid, kannst du ihn ja ins Meer werfen“. Ich nahm seinen Rat an und blieb in Australien. Ich folgte der normalen Prozedur zur Erlangung der Staatsbürgerschaft. Kirchen und andere Organisationen und ein paar Rechtsanwälte unterstützten meinen Antrag. Es war einfach, da ich ja bereits unter der australischen Verwaltung in PNG ein anerkannter Flüchtling war. Es handelte sich also um ein inner-australisches Problem.

So durfte ich in Australien bleiben und erhielt zunächst Bleiberecht, und später beantragte ich die Staatsbürgerschaft. Das war 1988. Es war nicht so schwer, das Bleiberecht zu erhalten. Aber dies Stück Papier bereitete mir große Probleme. In Holland ist das alles sehr einfach. Wenn man dort die Verlängerung des Visas haben möchte, geht man nicht zur Einwanderungsbehörde, sondern zur Polizei. Sie erledigt das. Damals lachte mich einer der Beamten aus und sagte: „Dies Papier ist kein legales Dokument, es ist ein Stück Papier. Also, wo ist Ihr Pass?“ Aber ich sagte: „Nein,

dies ist mein Reisepass!“ Dann suchten sie in ihren Unterlagen und Systemen nach meinem Namen. „Oh weh“. Da waren auf dem Papier eine Menge Stempel. Wenn jemand einen weiteren Stempel darauf drücken wollte, musste ich ein weiteres Blatt Papier anhängen. Es war 1988, als ich so schließlich australischer Bürger wurde, zunächst mit Bleiberecht, seit 1993 mit Staatsbürgerschaft. Ich wohnte damals in Millers Point, einem kleinen Ort, dort gab es eine Wohnungsgesellschaft.

Leben in Australien

Anfangs erhielt ich Sozialhilfe, dann bekam ich Arbeit bei der Stadtmission Sydney 2.17.30. Ich fuhr einen Kleinbus, einen Achtsitzer, und half Wohnungslosen und Alkoholikern, die auf der Straße übernachteten. Wir sammelten sie ein und gaben ihnen einen Schlafplatz für eine Nacht. Ich selbst trinke nur sehr wenig. Wenn ich eingeladen bin, sage ich meinen Freunden immer: „Hört auf, bestellt nicht noch mehr, ich möchte noch zu Fuß nach Haus gehen!“

In den 90er Jahren ging es mit unseren Aktionen langsam aufwärts. In Wien fand 1993 die Menschenrechtskonferenz statt. Ich repräsentierte die pazifische Region als Vertreter der indigenen Völker. Ich arbeitete an dem Dokument zu den Rechten indigener Völker mit. Ich war Mitglied im Redaktionsausschuss, der Vorsitzende war Paul Rees aus Neuseeland. Wir erarbeiteten den Entwurf für das Dokument, die Erklärung über die Rechte indigener Völker, und unser Entwurf wurde angenommen. 5000 Vertreter aus zivilgesellschaftlichen Organisationen nahmen an dieser großen Konferenz in Wien teil. Wir mussten das Dokument Punkt für Punkt vorlesen, jedem Punkt musste zugestimmt werden. Es war ein zeitraubender Prozess, doch schließlich wurde die Resolution angenommen. Ein schwieriger Punkt war die Frage, ob man nur von indigener Bevölkerung oder von indigenen Völkern sprechen sollte. Soll es heißen: „... die besonderen Probleme der indigenen Bevölkerung“ oder „... die besonderen Probleme der indigenen Völker“? (Im Englischen:

„indigenous people“ oder „indigenous peoples“) Die Regierungen wollten das Wort „Völker“ vermeiden, doch andere waren der Meinung, dass es „indigene Völker“ heißen sollte, denn es betreffe viele Völker weltweit. Doch die Regierungen bestanden auf ihrer Meinung. Schließlich wurde noch Gelegenheit zu Wortmeldungen gegeben, doch die Redezeit wurde auf fünf Minuten begrenzt. Da konnte man gerade aufstehen, etwas sagen und sich wieder setzen. Sie gaben also den Vertretern der Indigenen nur fünf Minuten Redezeit vor dem Plenum. Da stand eine kämpferische Frau aus Bougainville auf. Sie sagte: „Fünf Minuten? Was sollen wir mit fünf Minuten machen? Bis ein Sprecher nach vorn gegangen ist, sind vier Minuten vorbei, dann schaut er das Publikum an, sagt ein paar Worte und muss sich schon wieder setzen. Das geht nicht!“ Was sie dann tat, war aufreizend. Sie sagte: „Ihr sehr hier eine Gruppe von Bougainviller, aber zunächst geben wir eine Erklärung ab.“ Wir dachten, sie würde jetzt ihre Meinung zu dem Diskussionspunkt sagen, Doch sie zog ihre Bluse aus und zeigte uns ihre beiden nackten Brüste. Sie sagte: „Es gibt keinen Menschen mit nur einer Brust. Es müssen zwei Brüste sein, damit ein Mensch komplett ist. Eine Brust allein macht keinen Sinn. Darum müssen wir dem Wort „people“ ein „s“ hinzufügen um es komplett zu machen.“ Das war ihre kurze Rede zur Sache. Es war für uns alle eine Überraschung, sie hatte uns nicht gesagt, was sie tun wollte. Aber es hat gewirkt – es war wirklich interessant.

22 Jahre lang verhandelte der Rat (Arbeitsgruppe) für Indigene Völker über die Ratifizierung der Resolution. Australien, die USA und Kanada weigerten sich, weil sie schon eine Definition und ausführliche Gesetze über die Rechte ihrer indigenen Bevölkerung haben. Besonders heikel ist das Problem der Souveränität. Wenn wir darüber nachdenken, kommen wir zu der Schlussfolgerung, dass die indigenen Völker eigentlich eigene Nationen sind und dass sie eine eigene Souveränität und ihre eigenen Rechte haben. Wenn die indigenen Völker also die Souveränität über ihr eigenes

traditionelles Land beanspruchen, bedeutet das nicht, dass sie auch das Land oder die Souveränität über andere Länder beanspruchen.

Erste Beteiligung an der internationalen Lobby für West Papua

Später in den 1990er Jahren gab es einen „Ruf zum Frieden“ in Den Haag. Ich selbst und John Ondawame reisten hin als Vertreter für Westpapua. Es war gleichzeitig eine Konferenz des Rates für indigene Völker weltweit. Unter diesem Schirm trafen wir uns alle dort. Das war im Jahr 1995 oder 1996 in Den Haag. Auch der Generalsekretär der UN, Kofi Annan war dort, ebenfalls die Ministerpräsidentin von Pakistan, auch sie sprach auf der Konferenz.

Im Jahr 1996 war ich auf den Salomonen. Die Leute aus dem Dschungel (OPM) hatten eine Nachricht geschickt, dass wir uns dort treffen sollten. Zu der Zeit hatten wir eine Kampagne im Grenzgebiet zu Westpapua. Dort wurde nämlich John Tekwie Gouverneur der Provinz Sandaun, die an Westpapua grenzt. Tekwie unterstützte die OPM, dadurch haben wir etwas erreicht. Denn vorher hatte die PNG-Bevölkerung entlang der Grenze Angst vor Übergriffen des indonesischen Militärs. Daher gab es wenig Unterstützung für die OPM. Alle Aktivitäten wurden gemeldet. Das änderte sich, als John Gouverneur wurde. Die Bevölkerung wurde zuversichtlich, man verstand, dass die OPM entlang der Grenze für die Freiheit Westpapas kämpft. Einmal wollte die OPM sogar die Regierung von PNG zwingen, die Grenze nach Westen zu verschieben, indem sie traditionelles Land auf der andern Seite der Grenze beanspruchten.

Die Gründung der *West Papua National Coalition for Liberation* (WPNCL) und der Kampf um die Anerkennung durch die *Melanesian Spearhead Group* (MSG)

Ich besuchte PNG einige Male. Im Jahr 2005 veranstaltete die Föderale Koalition, eine Gruppe aus Westpapua, einen Kongress in Lae. Eine

große Gruppe der “Nationalen Befreiungsarmee” (*TPN, Tapenal, Tentara Pembebasan Nasional*) kam aus dem Dschungel und nahm am Kongress teil. Auf diesem Kongress beschlossen wir, eine Dachorganisation zu gründen. Alle Gruppen sollten unabhängig voneinander sein, aber eng zusammenarbeiten. Doch alle Gruppen sollten auf die Unabhängigkeit Westpapas hin arbeiten. Dieser Grundsatz wurde von allen akzeptiert. So gründeten wir die *West Papua National Coalition for Liberation (WPNCCL)*. Leider war bei diesem Treffen der politische Zweig der OPM nicht anwesend, daher beschlossen wir, die endgültige Entscheidung aufzuschieben bis zum nächsten Treffen. Dies nächste Treffen planten wir aus Kostengründen in Malaysia, dies war billiger als ein Treffen in PNG, PNG ist sehr teuer.

Aber unsere Kampagne sollte noch sehr lange dauern. Bis zum Jahr 2009 kamen wir nicht weiter. 2009 verabschiedete das Parlament von Vanuatu ein Gesetz, das „Wantok Blong Yu Mi” - Gesetz. Damit begannen politische Aktionen (Lobby) in der Region. Eine Erklärung des UN-Generalsekretärs in Auckland kam uns zur Hilfe. Ein Student im Masterprogramm für Kommunikation, der mit uns zusammenarbeitete, fragte Ban Ki-moon: “Werden Sie das Westpapua-Problem noch lösen, solange Sie im Amt sind?” Ban ki-moon antwortete: Nun, Westpapua ist ein Problem der Dekolonisierung, der richtige Ort, um das Problem zu diskutieren, ist das Komitee für Dekolonisierung in der Vollversammlung der Vereinten Nationen.“ Er sagte diesen Satz vor Journalisten, er spuckte ihn gleichsam aus. Die Indonesier waren außer sich. Von diesem Augenblick an ging es weiter.

Etwas anderes geschah im Jahr 2010. Das *Pacific Islands Forum* tagte in Vanuatu. Es gab ein Kommuniké. Ein Journalist fragte: „Werden Sie über Westpapua sprechen?“ Peter Farau, der damalige Vorsitzende des Forums, antwortete: „Ja, wir werden darüber sprechen. Aber es ist vor allem ein Problem für die MSG. Die MSG muss das Problem zur Sprache bringen und sich damit auseinandersetzen.“ Daher erwarteten wir, dass dies geschehen würde, solange Vanuatu noch den

Vorsitz im Forum hatte. Doch Indonesien hatte diese Entwicklung beobachtet und wurde aktiv. Sie überzeugten Sato Kilman, den Premier von Vanuatu, und zogen ihn auf ihre Seite. So kam er nicht zu jenem Treffen der Vereinten Nationen in Neuseeland, weil er das Thema Westpapua nicht ansprechen wollte. Wir alle dachten, dass Westpapua ein Thema sein würde.

Dann, im Jahr 2013, hatten wir ein Treffen in Noumea, der Hauptstadt von Neukaledonien. Wir sprachen vorher mit allen Staaten der MSG. John Ondawame, Barak Sope und ich flogen nach Fidschi. Wir wollten mit dem Vorsitzenden sprechen, es war damals Frank Bainimarama, der Premier von Fidschi. Wir wollten mit ihm sprechen, bevor der Vorsitz an Vanuatu überging. Er versprach uns in seinem Büro: „Ich werde den Punkt Westpapua auf die Tagesordnung setzen.“ Er hat es dann auch getan. Dann haben wir mit allen Staaten der MSG gesprochen, auf den Salomonen, in Vanuatu, in Kanaky (Noumea, Neukaledonien). Victor Morrow versprach uns, dass er uns einladen würde, selbst vor der Versammlung zu sprechen. Er tat es, und wir sprachen in Anwesenheit der indonesischen Delegation. An unserer Körpersprache konnte man sehen, wie wir uns fühlten, als alle Melanesier klatschten und uns zujubelten!

Jacob Rumbiak repräsentierte die Föderale Republik Westpapua, er verteilte in den Versammlungen dazu Material. Endlich kam es zur Gründung der ULMWP. Wir wurden dazu gezwungen, weil der Premier von PNG, Peter O’Neill, unseren Antrag auf Aufnahme in die MSG abgelehnt hatte. Er hatte gesagt: „Eure Koalition ist nicht breit genug aufgestellt. Es gibt noch zu viele Gruppen, die nicht in der Koalition sind. Ihr müsst euch neu organisieren, dann könnt ihr wieder einen Antrag stellen.“ Wir hatten einen Fehler gemacht. Anstatt ein Koordinierungs-Komitee zu gründen, hatten wir eine neue Organisation geschaffen, die Koalition. Das hat viele Seiten verwirrt. Denn neben der Koalition gab es immer noch die Föderale Republik und das Nationale Parlament, das KNPB.



Die Inselwelt des Pazifik (Quelle: geographicguide.com)

Die Bildung der *United Liberation Movement for West Papua (ULMWP)* und zunehmendes Engagement für Westpapua im Pazifik

Es gibt keinerlei Uneinigkeit über das Ziel, unsern Kampf um Unabhängigkeit. Darin sind sich alle Seiten einig. Es gibt aber unterschiedliche Meinungen über die Art der Führerschaft (Leitung). Ich denke, das *West Papua Project* (an der Universität Sidney) könnte eine Rolle spielen, indem ihr diese Differenzen analysiert und uns sagt, wohin sie uns führen. Das wäre sehr wichtig. Das ganze Problem sollte so dargestellt werden, dass selbst Jakarta begreift, dass über bestimmte Fragen gesprochen werden muss. Diese Fragen können nicht übergangen werden. Sie sind uns wichtig. Die Untersuchungen, die Sie bereits vorgenommen haben, haben schon eine ganze Reihe von Problemen ans Licht gebracht. Nun fragen sich schon viele: „Was geht da eigentlich

vor in dem Land? Was geschieht mit den Melanesiern dort? Politische Fragen sind doch keine Menschenrechtsfragen, da geht es um Politik, nicht um Menschenrechte. Aber ohne die politischen Fragen zu lösen, lassen sich auch die Probleme der Menschenrechtsverletzungen nicht lösen.

Das war die Initiative von Manasseh Sogavare, denn die Kampagne für die Unabhängigkeit Westpapas war zwar überall bekannt, aber die meisten Länder forderten nur die Beachtung der Menschenrechte, nur zwei oder drei Länder unterstützten die Unabhängigkeit. Es war einfach wichtig, das Problem in die Vollversammlung der Vereinten Nationen zu bringen. Als erster begann Barak Sope, als er zum Millenium-Gipfel 2000 sprach. Er brachte die Führer des Papua-Rates (*Presidium Dewan Papua, DPD*) nach New York, ich war auch dabei, auch Chief Theys. Wir alle waren da, 11 Personen. Wir gehörten zur Gruppe der Diplomaten. Wir fragten Barak, ob er diesen Trip zu den

UN sponsern könne. Darauf stellte er uns die gleiche Frage, die auch der Premier von PNG gestellt hatte. Barak sagte: „Es gibt immer noch Probleme zwischen euren unterschiedlichen Organisationen. Wir sehen das, wenn wir mit eurer Unabhängigkeitsbewegung zu tun haben. Wir kennen nur die OPM, welchen Platz hat sie in der Führung eurer Organisationen? Arbeitet ihr mit der OPM zusammen? Oder lasst ihr sie außen vor? Wir können nur mit einer vereinigten Führung zusammen arbeiten, sonst machen wir uns lächerlich. Man nimmt uns nicht ernst, wenn wir nur eine Gruppe unterstützen. Ihr müsst die OPM mit einbinden, sonst können wir euch nicht ernst nehmen.“ So saßen wir zusammen im Büro des Premierministers und überlegten, wie wir mit PDP und OPM zu einer Zusammenarbeit kommen könnten. Schließlich war Vanuatu einverstanden und nahm uns in seiner Delegation mit nach New York. Vanuatu ermöglichte für uns ein Gespräch mit dem *Decolonisation Committee*.

Das *Decolonisation Committee* riet uns, dass wir vom Act of Free Choice von 1969 her argumentieren sollten: Wir sollten nachweisen, dass die Durchführung jenes Referendums nicht korrekt verlaufen sei. Wir sollten auch den Internationale Gerichtshof der UN um eine rechtliche Stellungnahme bitten. „Dann muss ein Mitgliedsland, welches euch unterstützt, einen Antrag zu diesem Problem einbringen. Ihr müsst dieser offiziellen Prozedur folgen.“ Das war damals der Rat des *Decolonisation Committee*'s. Doch dies alles ist niemals verwirklicht worden. Wir konnten diesen Weg nicht weiter verfolgen, weil wir kein Geld hatten. Man riet uns, einen Beauftragten in New York anzustellen, der die Angelegenheit betreibt, der einflussreiche Personen oder Organisationen für den Fall interessiert, damit schließlich mit Kofi Annan ein Verfahren ausgearbeitet werden kann.

Die Sicht anderer Länder auf den Kampf um die Unabhängigkeit Westpapas

Die Antwort auf den so genannten Act of Free Choice 1969 ist, dass wir niemals eine Chance hatten, selbst über unsere Zukunft zu entscheiden. PNG behauptet hingegen, dass die dringendste Frage die der Menschenrechte ist. Menschenrechte – das ist die Position von PNG. Afrikanische Länder sind im Allgemeinen sehr vorsichtig, sie äußern sich nicht offen zu dieser Frage. Ich denke, dass die pazifischen Staaten offener sind und sagen, was sie denken. Die Marshall-Inseln z.B. sagten, dass sie die Frage bereits im Parlament behandelt haben und dass beschlossen wurde, das Problem bei den Vereinten Nationen auf die Tagesordnung zu bringen. Samoa hingegen meint, dass die Frage zunächst im Forum der pazifischen Inselstaaten (PIF) in diesem Jahr (2017) behandelt werden solle. PNG hält daran fest, dass es zunächst um die Menschenrechte geht. So wurde bei dem ACP-Treffen in Vanuatu, das kürzlich stattfand, das Kommuniqué nicht verabschiedet, sondern auf das Treffen in Brüssel im Oktober² verschoben. Dort soll endgültig entschieden werden. Sie machen also immer neue Entwürfe... Entwürfe...

Ich habe privat mit einigen Diplomaten der afrikanischen Länder gesprochen. Sie sagen: „Die Frage ist für uns nicht neu.“ Diese Länder kennen aus eigener Erfahrung die bitteren Gefühle gegen den Kolonialismus. Vielleicht werden sie uns unterstützen. Dies alles ist nicht neu für sie. Ich hoffe, sie werden uns unterstützen, aber sie müssen Rücksicht nehmen auf die EU, mit der sie wirtschaftlich zusammen arbeiten. Daher muss das Kommuniqué jedermanns Meinung reflektieren. Die ACP wird von der EU finanziert, es gab die Vereinbarung von Cotonou.

2 wahrscheinlich 2017, Anmerkung des Übersetzers

Die Länder der EU haben starke Verbindungen zu Indonesien, aber die ACP – Länder tun ihre eigene Arbeit. Die Indonesier werden natürlich versuchen, alles zu blockieren, was uns helfen könnte, wie sie es seit Jahren immer getan haben. Sie haben das schon auf den MSG-Treffen getan. Sie versuchen, die Länder des MSG davon zu überzeugen, dass wir eine Bande von Separatisten sind. Sie bestehen immer auf zwei Punkten, (1) dass wir Separatisten sind – und in mancher Hinsicht sind wir das ja auch – und (2) dass die MSG-Staaten doch die Souveränität Indonesiens offiziell anerkennen und dass sie daher sich selbst widersprechen, wenn sie eine separatistische Bewegung unterstützen. Ich habe in Fidschi selbst gesehen, wie sie argumentieren. Die indonesische Delegation war sehr groß, Baineramama, der Premierminister von Fidschi selbst saß ihnen gegenüber am Tisch und auch wir saßen ihnen gegenüber. Die Körpersprache zu beobachten ist wunderbar. Wenn die Delegierten der MSG, die das Treffen organisiert hatten, uns anschauten, wirkten sie glücklich. Aber die Körpersprache der Indonesier war Nervosität, sie waren immer nervös.

Der Kampf für Westpapua in der Zukunft

Nun, der Kampf wird weitergehen. Es gibt einige Leute in den Niederlanden – sie haben ihre Hausaufgaben gemacht, seit Pieter Drooglever seinen Bericht vorgelegt hat. Sie arbeiten darauf hin, dass das Königreich der Niederlande selbst herausgefordert wird. Sie haben schließlich das Problem geschaffen. Sie können ihre Hände nicht in Unschuld waschen, sie können nicht davon laufen.

Das wichtigste Ziel ist, den Streit um die Selbstbestimmung Westpapas in die Vollversammlung der Vereinten Nationen zu bringen. Das hat uns der Vorsitzende des *Decolonisation Committees* geraten, das sei die offizielle Prozedur bei den Vereinten Nationen. Es ist nicht möglich, eine einmal beschlossene

Resolution zurück zu nehmen. Es geht nur so, dass eine neue Resolution beschlossen wird. Damals wurde die Resolution 2002/54 (?) in der Vollversammlung beschlossen, damit wurde der Act of Free Choice bestätigt. Er wurde also von der Vollversammlung angenommen. Diese Resolution kann nicht zurück genommen werden. Aber in einer neuen Resolution kann argumentiert werden, dass sich die Dinge inzwischen geändert haben, dass die Bevölkerung das indonesische Regime ablehnt und nicht unter Indonesien leben möchte. Das hat uns der Vorsitzende des *Decolonisation Committees* geraten, als wir ihn zusammen mit den Vertretern vom Präsidium (PDP) und der OPM getroffen haben. Er sagte: „Ihr müsst politisch argumentieren.“

Eine Resolution, in der Westpapua als ein dringender eigener Punkt diskutiert werden kann. Der Internationale Gerichtshof sollte ein rechtliches Gutachten zu der Frage (*legal opinion*) erstellen, ob der Act of Free Choice gültig ist. Dann muss aus der Versammlung von einem Mitgliedsland eine Resolution vorgeschlagen werden. Die Resolution muss Vorschläge enthalten, was nun getan werden soll, da der Act of Free Choice nicht gültig ist. Was könnte getan werden? Was werden sie uns zugestehen? Wie in Ost-Timor könnte ein Referendum vorgeschlagen werden.

Im Augenblick scheinen die Indonesier ihr Pulver verschossen zu haben. Wir denken, dass sie nur noch wenig Spielraum haben. Das Problem der Menschenrechte hängt über ihren Köpfen, jetzt taucht dazu noch die Frage der Selbstbestimmung auf. Eine inner-indonesische NGO redet schon davon, dass Westpapua Selbstbestimmung erlaubt werden sollte. Wir sollten auch weitere NGOs in Indonesien davon überzeugen. Ich denke, dass ich das sehr offensiv in der Öffentlichkeit tun werde. Denn in den kommenden Generationen werden wir Freunde sein, nicht mehr Feinde. Denn es ist das System, das wir ablehnen, nicht die Menschen. ♦

Trijntje Huistra (1938-2018)

Ein Leben im Dienst der Papuas

von Carl Mureau

Als Trijntje Huistra im friesischen Dorf Menaldum beigesetzt wird, erweist ihr eine Gruppe von Freunden aus Westpapua am Grab singend die letzte Ehre.

Ungefähr 13.000 Kilometer entfernt, in der indonesischen Provinz Papua, werden an drei verschiedenen Orten Gottesdienste gehalten, in denen eine Schweigeminute für „Schwester“ Trijntje eingelegt wird. Vor rund 15 Jahren ging sie in Rente und kehrte zurück in die Niederlande. Sie lebt jedoch noch immer in den Herzen der Menschen, die sie selber so sehr liebte – die Papuas.

Zu gut

Wäre sie noch am Leben, hätte sie diese Aufmerksamkeit als „erstaunlich und außergewöhnlich“ bezeichnet. Für ihre Freunde und Bekannte sind die Ehrerweisungen von Übersee jedoch selbstverständlich. Diese Frau hat ihr gesamtes Arbeitsleben den Papuas gewidmet. Nichts war ihr zu viel. Dennoch fragte sie sich auf ihrem Sterbebett: habe ich genug getan? Daran besteht kein Zweifel. Wenn man ihre Nächsten fragt, war Trijntje Huistra „zu gut für diese Welt“.

Diese einzigartige Frau wurde in Zelhem als Tochter eines reformierten Pfarrers, Oene Huistra und dessen Frau Aaltje Gezina Brouwer geboren. Trijntje ist das mittlere von fünf Kindern. Jan und Ineke sind älter, Pieter und Corrie werden



nach ihr geboren. Trotz des Krieges verbringen die Geschwister eine glückliche Kindheit in einer harmonischen Familie, die 1947 nach Menaldum umzieht. Trijntje ist ein fröhliches Kind, voller Humor. Sie spielt gerne Streiche, ist jedoch nie lästig. Trotzdem muss ihr Vater sie des Öfteren von der Kanzel ermahnen, weil sie zu laut ist.

Trijntje Huistra besucht das Gymnasium in Leeuwarden, wo sie besonders viel Interesse für Geschichte zeigt. Sie liebt die alten Erzählungen und kann sich mühelos die historischen Daten merken. 754 - Bonifatius wird bei Dokkum ermordet. 1600 - Die Schlacht bei Nieuwpoort... Diese Jahreszahlen vergisst sie nicht. Sie macht eine Ausbildung zur Grundschullehrerin und absolviert danach die Missionarsausbildung an der Missionshochschule in Oegstgeest. Für

Trijntje besteht kein Zweifel: sie will an ferne Orte reisen um Menschen zu helfen; mit Gott als Wegweiser.

„Jungle Pimpernel“

Woher kommt dieser Drang, für die Mission auszuwandern? Das Thema ist im Elternhaus nicht dominant. Bei Trijntjes Geburt bekommt ihre Mutter eine Glückwunschkarte, auf der ein dunkelhäutiges und ein hellhäutiges Kind abgebildet sind. Dadurch wird die Saat für die Abenteuerlust gepflanzt. Das Interesse für Neuguinea wird geweckt durch das Buch „Jungle Pimpernel“ von Anthony van Kampen. In der Schule ist ein Fischerboot vom Sentani-See ausgestellt, Trijntje ist davon fasziniert. All dies trägt dazu bei, dass sie im Jahr 1960 nach Neuguinea ausreist, dem letzten noch verbliebenen Kolonialgebiet Niederländisch-Indiens.

Als Lehrerin arbeitet sie in einer Grundschule in Serui auf der Insel Japen – und schließt sofort das Land und das Volk der Papua in ihr Herz. Als die Vereinten Nationen unter Druck der USA Neuguinea 1963 an Indonesien übergeben, müssen alle niederländischen Staatsbürger das Land verlassen. Trijntje geht schweren Herzens. Sie bedauert die Heimreise nicht nur aus persönlichen Gründen, sondern weil sie das Gefühl hat, dass „ihr“ Volk der Papua im Stich gelassen wird. Am liebsten würde sie sofort wieder nach Papua reisen. Da Lehrer und Lehrerinnen aus den Niederlanden nicht mehr willkommen sind, macht sie in Amsterdam eine Ausbildung zur Krankenschwester und Hebamme.

1969 ist es dann so weit. Trijntje wird in das zentrale Hochland Irian Jayas – wie die Indonesier Westpapua nun nennen - entsandt, um im Efata-Krankenhaus in Angguruk zu arbeiten. Der Ort liegt in den Bergen, 200 Kilometer von der Küste entfernt und nur mit einem Cessna-Flugzeug erreichbar. Sie arbeitet unermüdlich in der Krankenpflege, nicht nur im Krankenhaus, sondern auch in den umliegenden Dörfern. Vor stundenlangen Fußmärschen, bergauf und

bergab, schreckt sie nicht zurück. Sie schläft in einfachen Hütten, wird von den Flöhen zerstochen, aber auch das nimmt sie gerne in Kauf. Was auch immer die Papuas im Yalimo-Tal brauchen, sie hilft ihnen. Vor allem die Versorgung von Müttern und Kindern ist bei ihr in guten Händen. Die Menschen suchen immer wieder Schwester Trijntje auf.

Nach 14 Jahren wird sie wieder zurückgerufen in die Niederlande und wieder macht sie sich widerwillig auf den Weg. In Amsterdam, wo sie eine Fortbildung zur Bezirkskrankenschwester macht, packt sie das Heimweh. In der Stadt voller Backsteinhäuser, Trubel und Abgasen sehnt sie sich zurück nach den stillen Abenden in den Bergen, wo sie unter dem Sternenhimmel über das Tal blicken konnte. Als die Vereinte Evangelische Mission ihr eine Stelle in der Frauenarbeit im Hochland Westpapas anbietet, zögert sie nicht. 1983 kehrt sie zurück - diesmal nach Polimo - wo sie das Frauenzentrum Tuangken errichten soll.

Mutige Arbeit

Im Frauenzentrum mit dazugehörigem Mädcheninternat arbeitet Trijntje mit enormer Hingabe mit der Bibel als Richtschnur. Sie bringt den Frauen lesen, schreiben und nähen bei und berät die Frauen zu den Themen Hygiene und Ernährung. Es ist anstrengende Arbeit, aber Trijntje verrichtet sie ohne Klagen. Indem man Frauen stärkt, wird die gesamte Bevölkerung stärker – das ist ihre Überzeugung.

Trijntje steht 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche für die Menschen bereit. Wo sie auch hinkommt, bringt sie Geselligkeit mit. Sie ist großzügig. Viele junge Papuas können dank ihrer finanziellen Unterstützung studieren. Einige von ihnen bitten sie auch nach dem Abschluss des Studiums um Hilfe und Trijntje kann nicht nein sagen. Sie hat ein weites Herz und unterscheidet nicht. Sie hilft jedem, der Hilfe braucht. Bei einem eskalierten Stammeskonflikt klopft ein Mitglied der „befeindeten“ Gruppe bei ihr an. Sie öffnet ihre Tür und bietet ihm Unterschlupf.



Die zwölf-jährige Trijntje mit ihrer Schwester
(Foto: Familie von Trijntje Huistra)

Humor

Bei allem, was sie tut, schafft sie es, die Menschen durch ihr aufrichtiges Interesse und ihren immerwährenden Sinn für Humor zu bewegen. Als sie im fortgeschrittenen Alter eine neue Herzklappe bekommen soll, bittet sie den Kardiologen, ihr die Herzklappe eines Rindes zu geben. „Wenn ich das Herz eines Schweins bekomme, lassen die mich nicht mehr nach Indonesien einreisen!“ Auf die Frage, warum sie so fern ihrer Heimat ihren Arbeitsplatz ausgesucht hat, antwortet sie: „In den Niederlanden bin ich am Ende der Welt aufgewachsen, nun arbeite ich wirklich am Ende der Welt.“

Die Papuas im Yalimo-Tal im Hochland Westpapas leben zu der Zeit, als Trijntje zu ihnen kommt, noch wie im Steinzeitalter. In

relativ kurzer Zeit erlebt die Bevölkerung eine schnelle Entwicklung. In vielen Gebieten werden Fortschritte erreicht, zum Beispiel in der Bildung und im Gesundheitswesen. Der Fortschritt hat jedoch eine Schattenseite, die Materialismus heißt.

Dazu kommt, dass die indonesische Regierung als der neue Machthaber die Papuas als Bürger zweiter Klasse behandelt. Selbst 2018 sind die Lebensverhältnisse der meisten Papuas noch alles andere als rosig. Trijntje stellt sich angesichts dieser Tatsachen die Frage: Habe ich genug getan?

Hunderte Menschen können diesen Zweifeln gut und gerne widersprechen. Aber der lebende Beweis der guten Arbeit von Trijntje heißt Enny Kenangalem. Als jüngeres von Zwillingen ist sie dazu verdammt, im Fluss ertränkt zu werden. Für ihre Familie ist ein weiteres Kind eine zu große Belastung. Schwester Trijntje kennt diesen Brauch und beschließt, das Mädchen bei sich aufzunehmen. Enny wird ihre Pflgetochter und Trijntje zieht das Mädchen wie ihre eigene Tochter groß.

Indem sie dieses eine Leben rettet, werden noch viele weitere gerettet, stellt sich später heraus. Enny wird die erste Papua-Frau, die ein Medizinstudium abschließt und Ärztin wird. Für ihre Promotion forscht sie über Malaria und die Möglichkeiten der Bekämpfung dieser Krankheit. Wie ihre Pflegemutter will sie in den abgelegenen Gebieten Westpapas arbeiten. Die Städte Westpapas erleben eine rasante Modernisierung, aber die abgelegenen Gebiete bleiben bei dieser Entwicklung zurück, besonders, was die medizinische Versorgung betrifft. Da gibt es viel zu tun, das weiß Enny aus eigener Erfahrung.

Im Ruhestand

Trijntje Huistra kehrt 2002 zurück in die niederländische Heimat, wo sie anfangs Schwierigkeiten hat, sich wieder anzupassen. Ihrer Meinung nach ist die Gesellschaft verhärtet. Wo ist die gute alte Gemeinschaft



Trijntje (r.) mit ihrer Pflegetochter, Ärztin Enny Kenengalem (Foto: Familie von Trijntje Huistra)

unter Nachbarn hin? Sie tut sich schwer mit dem modernen Konsumdrang, unter dem Mutter Erde leidet. Nach und nach kann sich Trijntje jedoch integrieren. Sie wohnt im elterlichen Haus in Leeuwarden und engagiert sich aktiv für die historische ‚Grote Kerk‘ in dieser Stadt. Obwohl sie nicht mehr Presbyterin ist, leistet sie weiterhin treu Hausbesuche bei Gemeindefreunden. „Die Alten rechnen damit“, sagt Trijntje, die selbst beinahe 80 Jahre alt ist.

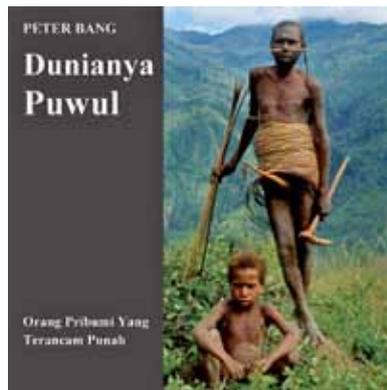
Sie ist weiterhin großzügig gegenüber ihren Mitmenschen. Eine ihrer festen ‚Klienten‘ bekommt jeden Freitag eine Portion Lachs. Für den Zeitungsboten hängt sie immer ein Säckchen englischen Lakritz an die Türklinke. Sie besucht niemanden, ohne etwas Leckeres mitzubringen, am liebsten eine Portion friesische ‚dúmkjes‘.

Sie schreibt Postkarten an alle, die Zuwendung und Aufmerksamkeit benötigen, und steht immer für ein Pläuschen bereit. Mit der Bahn fährt sie in alle Ecken des Landes, denn sie hat Freunde überall. Die meisten von ihnen haben Verbindungen zu Papua.

Alle paar Jahre besucht sie die Provinz Papua. Sie ist alleinstehend, hat aber eine riesige Familie, nämlich die Papuas. Sie schreibt viel und telefoniert wöchentlich mit ihrer Freundin Marijke, die immer noch in Westpapua wohnt. Dadurch bleibt sie informiert über das Leben dort. Sie engagiert sich in Solidaritätsgruppen für Papua und hält viele Vorträge. Gästen aus Westpapua zeigt sie den Abschlussdeich als Beweis dafür, dass man auch in den Niederlanden kämpfen musste für das, was man hat.

Sie wirkt unermüdlich, bis sie ernste Herzprobleme bekommt. Sie wartet auf ihrem Sterbebett auf ihre Pflegetochter Enny und Freundin Marijke, die aus Westpapua anreisen. Diese eilen vom Flughafen Schiphol direkt zum Krankenhaus in Leeuwarden. Nach ihrem Tod wäscht Enny liebevoll den Körper ihrer Pflegemutter, so wie diese einst Enny badete, als sie im Krankenhaus von Angguruk zur Welt kam. Ein schöneres Zeichen der Dankbarkeit im Namen der Papuas hätte sich Trijntje nicht wünschen können.

Trijntje Huistra wurde am 23. Februar 1938 in Zelhem geboren. Sie starb am 1. September in Leeuwarden. Sie arbeitete beinahe vierzig Jahre als Lehrerin, Krankenschwester und Sozialarbeiterin mit und für die Papuas. Dieser Nachruf erschien in der niederländischen Tageszeitung ‚Trouw‘. ◆

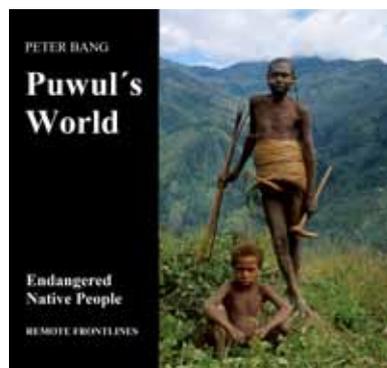


Puwul's World Endangered Native People

von Peter Bang

Broschiertes Buch, erschienen im April 2018 bei Remote Frontlines

48 Seiten, 50 Farbfotographien, Sprache: Englisch, ISBN: 9788743001812, Preis: ca. 19 Euro

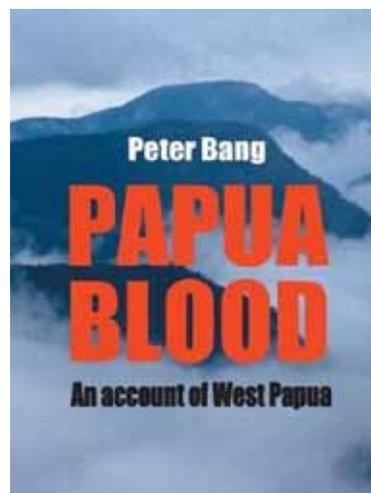


„Puwul's World“ ist eine Geschichte für Kinder über Puwul's erstes Treffen mit der Welt auf der anderen Seite der Berge. Puwul ist neun Jahre alt und lebt in den Bergen im Westen der zweitgrößten Insel der Welt, Neuguinea. Er gehört zum Stamm der Yali, einem indigenen Volk in West-Papua, das in einer Steinzeitkultur lebte, als die Bilder für dieses Buch aufgenommen wurden

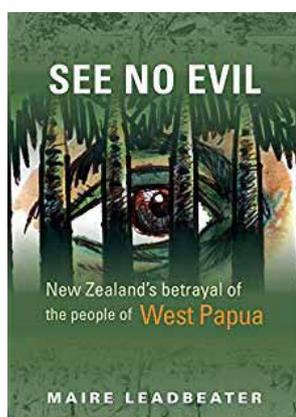
Papua Blood An account of West Papua

von Peter Bang

Taschenbuch, erschienen im April 2018 bei Books on Demand, 130 Seiten, Sprache: Englisch, ISBN: 978-8743001713, Preis: ca. 15 Euro



“Papua Blood” ist ein dokumentierter Augenzeugenbericht, der den Leser durch den westlichen Teil der Insel Neuguinea führt. Über einen Zeitraum von drei Jahrzehnten beschreibt der Autor und Fotograf Peter Bang seine Erfahrungen unter den Ureinwohnern Westpapas, die von einer fortwährenden Geschichte des Völkermords und des Aussterbens bedroht sind.



See No Evil

New Zealand's betrayal of the people of West Papua

von Maire Leadbeater

224 Seiten, erschienen 2018 bei University of Cincinnati Press, Sprache: Englisch, ISBN: 9781947602328, Preis: ca. 35 Euro

See No Evil fordert Neuseeländer heraus. Das Buch beginnt mit einem Bericht über die wenig bekannte Geschichte von Westpapua, konzentriert sich jedoch auf die Auswirkungen der neuseeländischen Außenpolitik auf die einheimischen Einwohner. In den fünfziger Jahren unterstützte Neuseeland die Selbstbestimmung der ehemaligen niederländischen Kolonie, aber 1962 entschied es sich, Indonesien zu unterstützen, da es das Territorium übernahm.

In diesem gründlich recherchierten Buch, das sich tief in historische Regierungsarchive befasst, die zum großen Teil im Rahmen des *Official Information Act* (Offizielles Informationsgesetz) erlangt wurden, wird die unerzählte Geschichte von Neuseelands gewissenloser und oft heuchlerischer Diplomatie enthüllt. Die Folgen

der repressiven indonesischen Herrschaft waren für die Menschen in Westpapua, die einen „langsamen Völkermord“ erleben, tragisch. Westpapua bleibt für ausländische Journalisten weitgehend gesperrt, aber seine Geschichte wird langsam hörbar. Eine wachsende Zahl von Pazifikinseln fordert Veränderung, aber bisher hat sich Neuseeland für Vorsicht und Absprache entschieden, um die *business as usual* - Beziehung zu Indonesien aufrechtzuerhalten.

See No Evil ist ein schockierender Bericht einer der angesehensten neuseeländischen Autorinnen zu Fragen des Friedens und des Pazifikraums. Sie fordert einen überzeugenden Ruf nach einer gerechten und dauerhaften Lösung - der Selbstbestimmung - für die Menschen in Westpapua.

Bitte Formular zurücksenden an:



Westpapua-Netzwerk
Koordinationsstelle
Rudolfstr. 137
42285 Wuppertal

Fax: 0202 / 89004 179

Email: wpn@westpapuanetz.de

Bitte ausfüllen und abschicken an obige Adresse. Oder werden Sie Fördermitglied und erhalten Sie so den Rundbrief und zusätzlich andere Veröffentlichungen!

Mit dieser Einzugsermächtigung, die ich jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen kann, stelle ich die Arbeit des Westpapua-Netzwerks (WPN) auf eine sichere Basis und helfe gleichzeitig Verwaltungskosten und Bankgebühren zu sparen. Ziehen Sie dazu die Abonnementgebühren für den Rundbrief bis auf Widerruf von meinem Konto ein. Dieses Abonnement gilt für:



Name _____

Anschrift _____

Ich bekomme bereits das Journal aber möchte nun eine Einzugsermächtigung erteilen

Wenn Sie ihre Bankdaten angeben und unterschreiben erklären Sie sich für den jederzeit widerrufbaren Lastenzug bereit, der durch die Vereinte Evangelische Mission (VEM) für das WPN durchgeführt wird.

Bank _____

IBAN _____

Ich möchte das Westpapua Journal abonnieren und zahle jährlich einen Betrag von

Einfaches Abo

30 € für Organisationen

20 € für Einzelpersonen

10 € für Nicht- oder Geringverdienende Einzelpersonen

Fördermitgliedschaft

50 € als Fördermitglied

40 € als Fördermitglied (ermäßigt)

Email (optional) _____ ich möchte aktuelle
Meldungen vom WPN auch per E-Mail erhalten

Telefon (optional) _____

Datum _____ Unterschrift _____

Mit meiner Unterschrift erkläre ich mich einverstanden, dass das WPN/die VEM die obengenannten Daten speichert und nur an für die Durchführung des Versands notwendige Dienstleister weitergibt.





Um diesen Journal zu abonnieren oder Fördermitglied des Westpapua-Netzwerks zu werden, besuchen Sie bitte: <https://bit.ly/2xIaoQc>

Um unsere E- Infos per Email zu empfangen, besuchen Sie bitte: <http://www.westpapuanetz.de/mitmachen/newsletter-abonnieren>

Besuchen Sie uns auch auf

 [westpapua.netzwerk](https://www.facebook.com/westpapua.netzwerk)  [@westpapuanetz](https://twitter.com/westpapuanetz)